FriedensGala 2026: Sonntag, 6. Dezember um 13:30 Uhr im Theaterhaus

Demokratie und MenschenRechte

Herbst/Winter/Frühjahr 2026/27

www.Die-AnStifter.de

Wer will gibt 1,- EU



Foto: Jochen Stankowski

FriedensGala 2026:

So, 6.12.26, 13:30 h, Theaterhaus
Tickethotline: +49 711 402070

Die Ausruf des französischen Widerstandskämpfern René Char ist Leitmotiv unsere Arbeit und kann zugleich Motto all jener sein, die in den vergangenen 25 Jahren mit dem Stuttgarter FriedensPreis ausgezeichnet wurden. 2026 ist es **Anna Ohnweiler**, Gründerin der Omas gegen Rechts (siehe Seite 3).

Die Künstlerin Käthe Kollwitz (1867–1945) galt zu Lebzeiten als Stimme der Armen, der Frauen, der Kinder – eine überzeugte Pazifistin. **SchülerInnen der Johannes-Gutenberg-Schule** gestalteten Plakate zu Themen, die Kollwitz ihr Leben lang bewegten. Sie werden mit dem JugendPreis der AnStifter ausgezeichnet (siehe Seite 2).

In dieser Zeitung:

Seite 1: Plakat zum Herausnehmen: Miteinander für Menschenrechte und Demokratie

Seite 9: Man müßte. Man könnte. Man sollte. Wir haben.

Seite 10: Die Gier nach Gold

Seite 15: Besuch uns: Interessante Veranstaltungen

Ein querfeldfeines, buntes Feuilleton: CVBDS / Armut + Umwelt in Amazonien: XYZ / Unterstützende und Kooperationspartner der AnStifter: MNV

Seite 24: Nima Farahmand Bafi – ein Porträt

Den **JugendPreis der AnStifter** 2026 erhält das Jugend-Projekt Käthe Kollwitz:
Heute der **Johannes-Gutenberg-Schule am So, 6.12.26, 13:30 h, Theaterhaus**

Junge Menschen mit Rückgrat

40 Plakate, ein Rathaus und ein Echo, das man nicht überhören konnte

Johannes-Gutenberg-Schule
Zentrum für Druck und
Kommunikation Stuttgart

Stuttgarter Rathaus, April 2025: 40 Schülerinnen und Schüler sprechen im Chor »Nie wieder!« und stampfen dazu mit den Füßen. Der Klang hallt durch das Foyer. Wer dabei war, hat es unter der Haut gespürt. Die Sprachperformance ist Teil der Ausstellungseröffnung »Käthe Kollwitz heute – Eintreten für eine demokratische Gesellschaft«.

Das Haus der Heimat lud uns ein, zum 80. Todestag von Käthe Kollwitz Social Poster zu gestalten. 40 angehende Grafikdesignerinnen und Grafikdesigner der Johannes-Gutenberg-Schule Stuttgart stellten sich die Fragen: Was bedeutet Demokratie, und was bedroht sie?

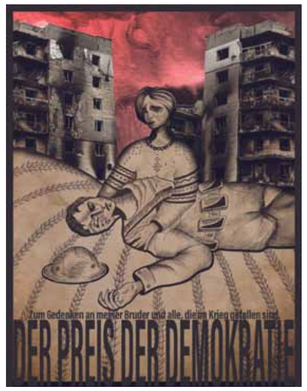
Heraus kamen 40 Plakate und 40 eigene Standpunkte. Das Plakat »Der Preis der Demokratie« erzählt von der Trauer um einen gefallenen Bruder. »Demokratie muss denken!« warnt davor, dass Populismus Unsicherheit ausnutzt. In jedem Plakat steckt der Mut dieser jungen Menschen, öffentlich Position zu beziehen.

Eine Besucherin schrieb uns danach: »Die Haltung dieser jungen Menschen macht Mut.« Dem kann ich mich nur anschließen. Nun zeichnen die AnStifter das Projekt mit dem JugendPreis 2026 aus.

Mein größter Dank gilt euch, liebe Schülerinnen und Schüler. Ihr habt mit euren Arbeiten Haltung und Mut gezeigt und seid für euch selbst und für die Demokratie eingestanden. Das war ein bewegender Moment.

Mein Dank gilt außerdem den betreuenden Lehrkräften, dem Haus der Heimat für die Zusammenarbeit und den AnStiftern, die diesen Mut gesehen und gewürdigt haben.

Katarina Speck,
Studiendirektorin, Abteilungsleitung
Johannes-Gutenberg-Schule Stuttgart



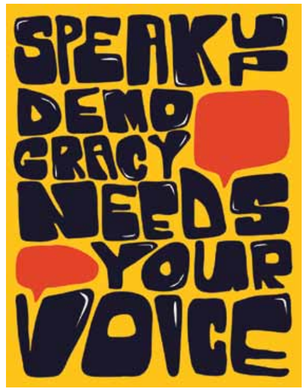
Yelyzaveta Medvediuk



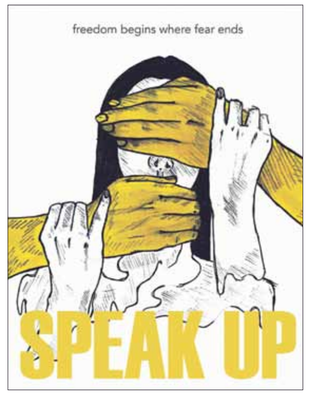
Karl Diemair



Jasmin Greinert



Linda Schnaitmann



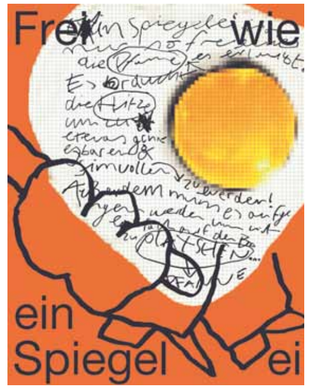
Lili-Sophie Kraus



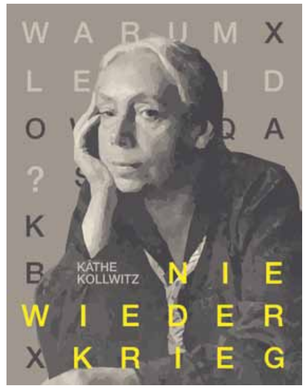
Tate Pascalau



Emilio Stainko



Louis Platzgummer



Sarah Hägele

Die Zukunft braucht Kreative – an der Johannes-Gutenberg-Schule Stuttgart werden sie ausgebildet.
Hier lernen junge Menschen, Ideen visuell sichtbar zu machen: in Grafik-Design, Web-Design, 3D-Design, Motiondesign, in Fotografie und immersiven Medien oder bei Verpackungen, Druck und Buchbinden. Ob Einstieg, Abschluss oder Weiterbildung – hier geht es höher hinaus. Wer kreativ ist, findet an der JGS den Weg in einen Beruf mit Zukunft.

Johannes-Gutenberg-Schule
Stuttgart, Rostocker Straße 25
70376 Stuttgart
info@jgs-stuttgart.de
www.jgs-stuttgart.de

Den **Stuttgarter FriedensPreis der AnStifter** 2026 erhält Anna Ohnweiler,
Omas gegen Rechts am So, 6.12.26, 13:30 h, Theaterhaus

Demokratie ist kein Geschenk – wir müssen sie verteidigen. Jeden Tag.

Anna Ohnweiler im Gespräch mit Peter Grohmann

Monatelang im Wohnmobil durch Europa cruisen. Mit dem Kreuzfahrtschiff über die Weltmeere fahren. Oder einfach ohne Termindruck in den Tag hineinleben. So stellen sich viele Menschen ihren Ruhestand vor. Das Leben von Anna Ohnweiler, Gründerin der Omas gegen rechts in Deutschland, sieht anders aus. Ihr Tag beginnt oft schon morgens um 5 Uhr mit einem Telefonat mit ihrer Vorstandskollegin Jutta Shaikh. „Senile Bettflucht“, lacht sie gegen 22 Uhr beim Abendessen nach einer Veranstaltung der Omas beim Italiener. Und während die anderen heimlich in die Hand gähnen, wirkt sie mit ihren 76 Jahren, als könne sie trotz des langen, anstrengenden Tages ewig so sitzenbleiben. Man sollte, man könnte eigentlich – solche Formulierungen sind Anna fremd. Sie fackelt nicht lange. Sie kann. Und sie macht. Schon immer.

Liebe Anna, warum kannst du dich nicht einfach in den Sessel setzen und die Politik den Jüngeren überlassen?

Wenn es nur um mich gehen würde, würde ich das vielleicht tun. Aber es geht um meine Kinder und Enkel – um die Generationen, die nach mir kommen. Ich kämpfe dafür, dass sie in einem Land aufwachsen und leben können, in dem man ohne Angst frei und verschieden sein kann.

Ich habe die ersten 29 Jahre meines Lebens in einer Diktatur verbracht. Meine Eltern gehörten in Siebenbürgen zur deutschen Minderheit; sie mussten fünf Jahre lang in einer Kohlemine Zwangsarbeit leisten. Repression, Vertreibung und die Unfreiheit im rumänischen Kommunismus – das hat mich geprägt. In Deutschland bin ich, weil es mir 1979 gelungen ist, die Securitate auszutricksen.

Das erklärt, warum Dir politisches Engagement wichtig ist. Du bist ja seit Jahrzehnten aktiv.

Ja, ich war zwanzig Jahre lang CDU-Mitglied. Eingetreten bin ich damals wegen des Cs im Namen. Meine Themen waren aber immer Chancengleichheit, gebührenfreie Kitas und bezahlbarer Wohnraum. Sozi-Themen sagte der Fraktionsvorsitzende eines Tages dazu. Da bin ich eben zu den ‚Sozis‘ gegangen und wurde dann auch für die SPD in den Nagolder Gemeinderat gewählt.


Fotograf Bernd Eidenmüller



Und wie kam es zur Gründung der Omas gegen rechts?

Im Januar 2018 las ich im Spiegel, dass ein Identitärer auf Twitter gepostet habe, wer zu alt sei, um für die Gesellschaft nützlich zu sein und vor lauter Emanzipation noch nicht einmal stricken gelernt habe, solle sich schämen. Er bezog sich dabei auf die österreichischen Omas gegen rechts. Das hat mich so empört, dass ich eine Facebook-Gruppe gegründet habe, der sich innerhalb weniger Stunden Hunderte anschlossen. Am 26. Februar 2019 haben dann elf Omas und Opas in meiner Wohnung ganz klassisch bei Kaffee und Kuchen die Omas gegen rechts Deutschland gegründet. Innerhalb von zwei Stunden hatten wir eine Satzung, die Vorsitzenden waren gewählt und der Notar hatte noch am gleichen Tag Zeit, sich um die Eintragung ins Vereinsregister zu kümmern.

Bei meiner ersten Demo als Oma gegen rechts in Stuttgart stand ich noch allein mit meinem Schild. Heute hat der Verein über 11.000 Mitglieder – und dazu kommen noch die vielen Omas, die aktiv, aber nicht Mitglied sind. Man könnte sagen, derzeit sind wir die größte Frauenbewegung Deutschlands. Wer hätte das gedacht?

Die Rechten sind im Aufwind. Am 6. Oktober wurde in Deutschland der erste Rechtsextreme nach Herman Göring zum Präsident eines Parlaments gewählt. Wie geht es Dir damit?

Es macht mir große Angst, was in Sachsen-Anhalt passiert ist. Ich habe erlebt, wie es ist, nicht selbstbestimmt leben zu können, und will es nie wieder haben. Aber aus Angst kann Mut und Kraft zum Kämpfen entstehen – für meine Kinder und Enkelkinder und alle Kinder und Enkelkinder weiterer Generationen. Ich will den Jugendlichen zeigen: Ihr seid nicht allein. Wir stehen hinter euch. Wir dürfen unser schönes Land nicht den Extremen überlassen.

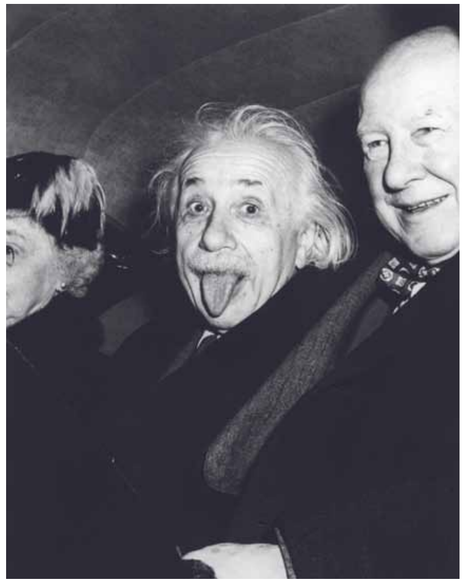
Demokratie ist kein Geschenk der Geschichte, kein Zustand, der einfach da ist und für immer bleibt. Das haben viele von uns vergessen, und nun wird uns schmerzlich wieder bewusst: Wenn wir unsere offene Gesellschaft bewahren wollen, müssen wir für sie kämpfen. Heute, morgen und an jedem einzelnen Tag.

Vielen Dank, liebe Anna. Wir freuen uns sehr, dass wir Dir dieses Jahr den Stuttgarter Friedenspreis überreichen dürfen.

Omas gegen rechts Deutschland e.V.

Oma zu sein ist für die Omas gegen rechts kein Zustand, sondern eine Haltung – entsprechend sind auch Opas Mitglied im Verein (ungefähr 10 Prozent) und Frauen, die keine Enkel und/oder Kinder haben.Die Omas gegen rechts stehen für die Unantastbarkeit der Menschenwürde, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Vielfalt der Kulturen, Gewaltlosigkeit, Toleranz und ein respektvolles Miteinander, für Solidarität, Inklusion und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt. Der Verein hat eine Vielzahl eigenständiger Regionalgruppen. Sie organisieren z. B. Infostände, Mahnwachen und andere Aktionen und befassen sich mit Themen wie Rechtsextremismus, Erinnerungskultur oder Jugend und Schule.

https://omasgegenrechts-deutschland.org/



Zu Bronislaw Huberman

Warten auf deutsche Intellektuelle

Bronislaw Huberman war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Violinvirtuose von Weltgeltung. Er hat sich wie kaum je ein Künstler In Wort und Tat in den 1920er Jahren für ein vereintes Europa mit einer Intensität und fachlichen Kompetenz eingesetzt, die auch heute noch Staunen macht.

Nicht minder beeindruckend ist sein Kampf gegen den Nationalsozialismus. Dieses Engagement ist in mehrfacher Hinsicht beispielhaft und verdient gewürdigt zu werden, zumal es uns auch heute (2027 ist das 80 Todesjahr Hubermans) sensibilisieren kann, wenn es um die Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus geht.

Zu Hubermans Wirken ein paar Schlaglichter: In einem Brief (Oktober 1933) schreibt er: „Ich bin Pole, Jude, freier Künstler und Paneuropäer. In jeder dieser Eigenschaften von mir muss ich den Hitlerismus als meinen Todfeind ansehen, den mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen mir meine Ehre und mein Gewissen, meine Überlegung ebenso wie
mein Impuls gebieten“.

Früh erkennt er die Gefahren, die von der nationalsozialistischen Bewegung ausgehen und bezieht öffentlich dagegen Stellung. Bei seinen letzten Konzerten, die er 1932 in Deutschland gibt, erregt er nicht nur durch seine Geigenkunst Aufsehen, sondern auch durch seine kritischen öffentlichen Äußerungen gegen die Politik Hitlers: „Die ganze Richtung ist falsch. Sein Weg ist ein Holzweg“

Konsequent weigert sich Huberman ab 1933 in Deutschland aufzutreten.

Einladungen von Wilhelm Furtwängler zu Konzerten mit den Berliner Philharmonikern lehnt er ab und macht diese Haltung öffentlich, indem er den Briefwechsel in mehreren deutschen und europäischen Tageszeitungen erscheinen läßt.

Am 7. März 1936 erscheint im Manchester Guardian Hubermans berühmter "Offener Brief an die deutschen Intellektuellen", in dem er deren Weg-
ducken und Schweigen anklagt: "Seit der Veröffentlichung der Nürnberger
Gesetze, diesem Dokument der Barbarei, warte ich auf ein Wort der Empörung, eine Tat der Befreiung von Ihnen. (…)

Bereits zwei Jahre davor beginnt Huberman im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina ein Orchester aufzubauen. Dabei versteht sich Huberman, der europäische Weltbürger, nicht als Zionist. Er sieht aber in der Gründung eines erstklassigen Orchesters die Chance, international verbreiteten antisemitischen Vorurteilen entgegenzuwirken.

Erfolgreich wirbt er in Europa und in den USA bei Mäzenen Gelder für einen Orchesterfonds ein. In den USA unterstützt ihn beispielsweise Albert Einstein. Für das Eröffnungskonzert im Jahr 1936 kann er den antifaschistisch engagierten Dirigenten Arturo Toscanini gewinnen.

Die Bedeutung des von Huberman geschaffenen Palestine Orchestra, aus dem 1948 mit der Staatsgründung Israels das Israel Philharmonic Orchestra hervorgeht, wandelt sich mit Gang der geschichtlichen Ereignisse ab Mitte der 1930er Jahre: Anfangs vor allem als eine politische Manifestation konzipiert, wird das Orchester zunehmend zu einer Einrichtung der beruflichen Existenzsicherung für jüdische
Musiker und deren Familienangehörige, die aus Deutschland vertrieben wurden. Ab 1941, mit dem Beginn der Shoa, wird diese Musikinstitution zum unmittelbaren Überlebensgaranten.

Hannah Arendts Stellungnahme 1948 zu Palästina und Israel

Hannah Arendt schrieb Ende 1948 den Artikel Frieden oder Waffenstillstand im Nahen Osten? (veröffentlicht in den USA im Januar 1950). Darin setzt sie sich mit der Geschichte Palästinas und der Gründung des Staates Israel auseinander. Frieden könne ihr zufolge nur durch Verständigung und faire Vereinbarungen zwischen Arabern und Juden erreicht werden. Sie beschrieb die Einwanderungsgeschichte seit 1907 und betonte, dass sich bisher beide Gruppen feindselig gegenüberstanden und sich – auch wegen der Besetzung durch die Türken und später die Briten – niemals als gleichberechtigte Partner oder auch nur als Menschen angesehen hatten. Während sie in der „Heimatlosigkeit“ und „Weltlosigkeit“ das größte Problem der Juden beschrieb, kritisierte sie die meisten zionistischen Führer, da sie die Probleme der arabischen Bevölkerung übersehen hätten.

Ihre Vision war ein binationales Palästina auf der Grundlage nicht-nationalistischer Politik, eine Föderation, die möglicherweise andere Staaten des Nahen Ostens umfassen könne. Die Einwanderung und die Vertreibung eines Teils der arabischstämmigen Bevölkerung stellten eine moralische Hypothek dar, während die auf Gleichheit und Gerechtigkeit beruhenden Kollektivsiedlungen (Kibbuzim) und die Hebräische Universität sowie die Industrialisierung auf der Habenseite stünden.

Israel konnte sich Arendt zufolge von den Gesetzen des Kapitalismus befreien, da es durch Spendengelder aus den USA finanziert werde und daher nicht dem Gesetz der Profitmaximierung unterliege. Ihre Sorge nach dem gewonnenen Palästinakrieg, der Unglück über Juden und Araber gebracht und alle jüdisch-arabischen Wirtschaftssektoren zerstört habe, besteht darin, dass Israel eine aggressive expansionistische Politik betreiben könne. Doch hofft sie auf den universalistischen Geist im Judentum und auf verständigungsbereite Kräfte in den arabischen Staaten.

Quelle: wikipedia.org/wiki/Hannah_Arendt

„...dass Menschen die Welt verändern können“

Aus den Gründungsaufruf des Hannah-Arendt-Institut für politische Gegenwartsfragen

Seit einigen Jahren treten Bürgerbewegungen auf, die nicht nur neue Forderungen an die etablierte Politik richten, sondern sich selbst in Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse einbringen. Diese Prozesse werfen die Frage nach der Entwicklung und einem neuen Verständnis von Bürgerschaftlichkeit auf. Es ist daher eine drängende Herausforderung, solche gesellschaftlichen Reflexionsprozesse sowohl zu vertiefen als auch kritisch zu begleiten, auch um populistischen Schwarz-Weiß-Denken entgegen zu treten. In diesem Zusammenhang ist die Gründung einer Einrichtung geplant, die die Möglichkeit bietet, politische Fragen, die sich aus aktuellen Praxen der Zivilgesellschaft stellen, aufzugreifen, zu vertiefen und hinsichtlich zukünftiger Perspektiven öffentlich zu thematisieren und zu reflektieren.

Warum Hannah Arendt?
Hannah Arendt war eine politische Denkerin, die sich unabhängig von politischen und wissenschaftlichen Traditionen sowie disziplinären Engführungen verstand. Dreh- und Angelpunkt ihres Denkens war die Frage nach einer gelingenden größtmöglichen politischen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Sie suchte nach bürgerschaftlichen Organisationsformen, die diesen Kriterien entsprachen, wandte sich gegen jegliche dogmatische Parteipolitik und stellte Handeln nicht als instrumentelles Tun, sondern - im Sinne des Aristotelischen Verständnisses von Praxis - als "Zweck an sich", als "wirkliche Bewegung" ins Zentrum ihrer politischen Überlegungen. Arendt entwickelte immer wieder von Neuem ein Politikverständnis, wonach Politik vom Tun der Bürgerinnen und Bürger, Einwohnerinnen und Einwohner ausgeht - und nicht von staatlichen Strukturen oder Parteien. Ihrem Verständnis nach geschieht Politik zwischen Menschen, die sich zwar als verschiedene, aber dennoch gleichberechtigte Personen anerkennen und auf dieser Grundlage gemeinsam, im Sinne des besten ihres Gemeinwesens, handeln. Eine so verstandene Politik birgt "das inhärente Versprechen", "daß die Menschen die Welt verändern können". Der Sinn von Politik, so Arendt, ist Freiheit.

Ziele
Um an eine so verstandene Idee der Politik anknüpfen zu können, braucht es Räume der Reflexion. Das Institut versteht sich als ein solcher Raum, an der Schnittstelle von Zivilgesellschaft/sozialen Bewegungen und Wissenschaft sowie institutionalisierter Politik. Wir wollen Fragestellungen aus sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten aufgreifen und mit wissenschaftlichen Diskussionen verbinden, Materialien für relevante Themen zu Verfügung stellen und Transferaufgaben aus der Zivilgesellschaft in die Wissenschaft und aus der Wissenschaft in die Zivilgesellschaft übernehmen, eigene Forschungsprojekte unternehmen, und - Forschungsaufträge bürgerschaftlicher Organisationen durchführen.

Dies soll durch Veranstaltungen, Publikationen, Tagungen, Seminare, Workshops, Beratung, Video- und Filmprojekte geschehen, Die Theoriebildung und Forschungsarbeit des Instituts soll aus dem und im Handgemenge der Zivilgesellschaft entwickelt werden.

Die Initiatorinnen und Initiatoren 2015 waren Dr. Annette Ohme-Reinicke, Universität Stuttgart / Iris Dressler, Württembergischer Kunstverein / Hans D. Christ, Württembergischer Kunstverein / Peter Grohmann, Die AnStifter, Stuttgart / Dr. Daniel Hackbarth, Philosoph, Stuttgart / Prof. Dr. Michael Weingarten, Universität Stuttgart.

Erstunterzeichner dieses Aufrufs:
Elisabeth Abendroth (Sozialwissenschaftlerin, Frankfurt/Main) / Joe Bauer (Kolumnist, Stuttgart) / Carmen Eckardt (Regisseurin, Köln) / Prof. Dr. Arno Gruen (Psychoanalytiker, Zürich) / Prof. Dr. Antonia Grunenberg (Politikwissenschaftlerin, Osnabrück) / Prof. Dr. Armin Grundwald (Philosoph, Direktor des ITAS, Karlsruhe) / Kathrin Ganz (Politikwissenschaftlerin, Hamburg) / Prof. Dr. Tim Henning (Philosoph, Stuttgart) / Prof. Dr. Peter Kammerer (Soziologe, Urbino/Italien) / Prof. Dr. John Kannankulam (Politikwissenschaftler, Marburg) / Prof. Dr. Ekkehart Krippendorff (Politikwissenschaftler, Berlin) / Odile Laufner (Architektin und Stadtplanerin, Stuttgart) / Volker Lösch (Regisseur, Berlin) / Prof. Dr. Andreas Luckner (Philosoph, Stuttgart) / Petra von Olschowski (Direktorin der Staatliche Akademie der Bildenden Künste, Stuttgart) / Prof. Roland Ostertag (Architekt, Stuttgart) / Prof. Dr. Heribert Prantl (Journalist, München) / Dr. Ulrike Ramming (Philosophin, Stuttgart) / Prof. Dr. Tilman Reitz (Soziologe, Jena) / Prof. Dr. Ortwin Renn (Soziologe, Stuttgart) / Prof. Dr. Roland Roth (Politikwissenschaftler, Magdeburg) / Prof. Dr. Dieter Rucht (Sozialwissenschaftler, Berlin) / Gudrun Schretzmeier (Bühnenbildnerin, Stuttgart) / Dr. Stefanie Stegmann (Literaturhaus, Stuttgart) / Prof. Dr. Winfried Thaa (Politikwissenschaftler, Trier) / Dr. Mark Terkessidis (Sozialwissenschaftler, Berlin) / PD Dr. Udo Tietz (Philosoph, Stuttgart) / Jun. Prof. Dr. Christian Volk (Politikwissenschaftler, Trier) / Prof. Dr. Benno Werlen (Sozialgeograph, Jena) / Prof. Dr. Irving Wohlfarth (Philosoph, Paris) / Prof. Dr. Jörg Zimmer (Philosoph, Girona/Spanien)

Still ruht der See.
Die InitiatorInnen waren in praktischer und theoretischer Arbeit für ihre Projekte, etwa Die AnStifter und die Zivilgesellschaft, gebunden. Im Lichte der aktuellen Entwicklungen aber wäre eine Fortsetzung des Projekts wünschenswert. Wer Interesse hat, wende sich an: peter-grohmann@die-anstifter.de

Thomas Hertfelder

Ein Wunder und seine Grenzen:

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948



Ausstellung „Mein Name ist Mensch“ Markuskirche Stuttgart

Manchmal hält die Geschichte kleine Wunder parat. Ein solches Wunder ereignete sich am 10. Dezember 1948, als die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Pariser Palais de Chaillot ihre Resolution 217A verabschiedete. Bekannt wurde sie unter dem Namen „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ – ein Dokument von welthistorischer Tragweite.

Vertreterinnen und Vertreter von 48 Nationen hatten der Erklärung zugestimmt – bei nur acht Enthaltungen. Enthalten hatten sich etwa die Sowjetunion, die Ukraine, Weißrußland, Polen, die tschechoslowakische Republik, Saudi Arabien und Südafrika. Ein Blick auf diese Liste führt uns vor Augen, warum die Verabschiedung der Menschenrechtserklärung tatsächlich einem kleinen Wunder gleicht. Denn während seit Januar 1947 eine achtköpfige Arbeitsgruppe unter der Leitung von Eleanor Roosevelt den ersten Entwurf der Menschenrechtserklärung ausarbeitete, hatte sich zugleich der Ton zwischen Ost und West dramatisch verschärft. Der Kalte Krieg, den die Verkündung der sogenannten Truman-Dokrin vom März 1947 wie ein Fanfarenstoß eröffnet hatte, war bereits in vollem Gang, als Eleanor Roosevelt und ihre Mitstreiter die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte buchstäblich in letzter Minute in trockene Tücher brachten.

Ein ungleicher Kompromiss

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte umfasst 30 Artikel. Der erste atmet den Geist sowohl der Amerikanischen als auch der Französischen Revolution und kommt uns deshalb besonders vertraut vor:

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“

Auch die folgenden 20 Artikel greifen die bekannten Grundrechtskataloge der europäischen Verfassungstradition auf. Sie proklamieren etwa „das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ (Art. 3), die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 7), das Recht auf Freizügigkeit (Art. 13), die freie Meinungsäußerung (Art. 19), das Recht auf Teilnahme an politischen Wahlen (Art. 21) oder auch das Recht auf Eigentum (Art. 17).

Als eine unmittelbare Reaktion auf die Erfahrungen der totalitären Herrschaft des Nationalsozialismus und des damals noch herrschenden Stalinismus dürfen wir dann die Artikel 5, 14 und 15 lesen. Sie verbieten die Folter (Art. 5) und postulierten das Recht auf politisches Asyl (Art. 14) sowie das Recht auf Staatsangehörigkeit (Art. 15). Wie wir wissen, gehören Folter, Vertreibung und Ausbürgerung bis heute zum Standardrepertoire totalitärer und autoritärer Regime.

Erst gegen Ende, nämlich in Artikel 29, fanden die Gesellschaftsvorstellungen afrikanischer und asiatischer Nationen Eingang in den Text. Dort heißt es beispielsweise: „Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist“; außerdem ist von den „gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft“ die Rede. Pflichten, Gemeinschaft, Moral – solche Begriffe sind der streng liberalen Auffassung von Grund- und Menschenrechten fremd.

Die 30 Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind also ein Kompromiss zwischen den liberalen, individualistischen Wertvorstellungen des Westens und den stärker gemeinschafts-, harmonie- und moralbezogenen Ideen Afrikas und Asiens. Übrigens war es ein Südamerikaner, der Chilene Hernán Santa Cruz, der sich ebenso nachdrücklich wie erfolgreich für die Aufnahme sozialer und wirtschaftlicher Rechte eingesetzt hat, während die indische Frauenrechtlerin Hansa Mehta bei der Formulierung des Artikels 1 auf der Verwendung geschlechtsneutraler Sprache bestand. Die Dokumente zeigen, dass in die Begründung und Rechtfertigung der Menschenrechtsartikel auch Denkfiguren der afrikanischen und chinesischen Sozialphilosophie eingegangen sind und sich die Autorinnen und Autoren des Textes also einen oftmals ganz unterschiedlichen Reim auf die Bestimmungen gemacht haben. Gleichwohl liest sich der Wortlaut des Dokuments als ein zutiefst in der westlich-liberalen Tradition verwobener Text.



1. Freiheit ist kein Privatvergnügen.
2. Demokratie wächst – mit jedem Gespräch.
3. Lechts mit rinks verwechsern ist ein großer Illtum –
sagte schon Jandl
Fazit: Faschismus ist das Ende.
Barbara Stoll, Schauspielerin

Noch eine kopernikanische Wende

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 verkündet angeborene, unveräußerliche und unteilbare Grundrechte, die jedem Menschen kraft Geburt zukommen. Dies hatten freilich hundertfünfzig Jahre zuvor schon die Französischen Revolutionäre getan und war insofern nichts Neues. Neu und geradezu revolutionär hingegen war die Idee, dass diese individuellen, subjektiven Rechte von der Ebene der Einzelstaaten auf das Völkerrecht übertragen wurden. Im traditionellen Völkerrecht galten nämlich nur Staaten als Rechtssubjekte. Das moderne Völkerrecht, das mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ins Leben trat, erkennt indessen auch Individuen als Rechtssubjekte der internationalen Rechtsordnung an. Folglich können Einzelpersonen ihre Rechte vor internationalen Gerichten gegenüber ihrem eigenen oder einem beliebigen anderen Staat einklagen. Manche sprechen daher von einer „kopernikanischen Wende des Völkerrechts“.

Die 1948 verabschiedete Menschenrechtsdeklaration hatte allerdings zunächst den großen Haken, dass ihre 30 Artikel kein verbindliches, einklagbares Völkerrecht formulieren. Erst 1966 wurden die Artikel der Menschenrechtserklärung in zwei wichtigen Verträgen der Vereinten Nationen konkretisiert und in eine rechtsverbindliche Form gebracht. Damals wurde auch das Recht auf Selbstbestimmung der Völker, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte noch nicht enthalten war, endlich in den Katalog der fundamentalen Menschenrechte aufgenommen.

Die Sprengkraft der Menschenrechte

Dennoch spielte die Erklärung in der internationalen Politik über ein Vierteljahrhundert hin eine eher geringe Rolle. Immerhin gingen die Europäer voran, indem der neu gegründete Europarat am 4. November 1950 die europäische „Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ verabschiedete und 1954 mit der Gründung der Europäischen Menschenrechtskommission und 1959 mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschrechte wirkungsvolle Instrumente zum Schutz der Menschenrechte geschaffen wurden. Nach und nach entstand so ein immer dichteres Netz an Institutionen und Konventionen, die sich den Schutz der Menschenrechte weltweit und rechtsverbindlich zur Aufgabe machten. So richtig in Bewegung kam die Menschenrechtspolitik erst in den 1970er Jahren, wie an der sogenannten „Schlussakte von Helsinki“ von 1975 deutlich wird, die auf der Menschenrechtserklärung aufbaut. Die unterzeichnenden Staaten, auch die Sowjetunion und die DDR, hatten sich nämlich im berühmten „Korb drei“ der Schlussakte ausdrücklich zum Schutz der Menschenrechte und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker verpflichtet. Fortan beriefen sich Oppositionelle und Verfolgte im sowjetischen Machtbereich, die sich u.a. in sogenannten „Helsinki-Gruppen“ organisierten, nachdrücklich auf die Schlussakte von Helsinki. Damit setzten sie eine Entwicklung in Gang, die 1989/90 mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und seiner Vasallen ihren spektakulären Höhepunkt erreichte. Allerdings ist bei dieser Interpretation Vorsicht geboten. Denn das Sowjetreich ist definitiv nicht an den Menschenrechtsaktivisten zerbrochen, sondern an seinen hausgemachten ökonomischen Problemen und der Glastnost-Politik von Michael Gorbatschow.

Ein Hauch von Hybris

Die Geschichte der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist also eine Erfolgsgeschichte – einerseits. Andererseits dürfen wir die problematischen Seiten dieses Dokuments und seiner Geschichte nicht verkennen. Erstens wurden die Menschenrechte im Kalten Krieg, und das heißt: von Anfang an zum Instrument im politischen Kampf der Systeme umfunktioniert. Man sprach von Menschenrechten, meinte aber vor allem die eigenen Interessen im globalen Machtkonflikt. Eine Politik der doppelten Standards, des Messens mit zweierlei Maß, war die Folge. Dieser Zustand hat den Kalten Krieg überdauert und währt bis heute.

Zweitens greift der Menschenrechtsdiskurs auf immer neue Lebensbereiche aus: Ehe, Familie, (Trans-) Sexualität, Medizin, bioethische Fragen, Sterbehilfe, Arbeitsleben, Umwelt – all diese strittigen Themen sind längst Gegenstand menschenrechtlicher Normierungen geworden. Auf den ersten Blick mag man diese Entwicklung begrüßen. Beim zweiten Hinsehen melden sich aber Zweifel. Denn je mehr Lebensbereiche wir menschenrechtlich absichern wollen, desto mehr verlieren die Menschenrechte in der Praxis das, was sie doch ausmachen sollte, nämlich ihren universalen, weltweit für alle Menschen gültigen Charakter. So liegt ein Hauch von Hybris über der Menschenrechtspolitik, die nicht ganz zu Unrecht als ein Projekt des Westens gescholten wird. Die Völkerrechtlerin Angelika Nußberger schlägt deshalb vor, ein „zweites Kapitel“ der Menschenrechte auszuarbeiten, in dem die Wertvorstellungen und Denkfiguren Asiens und Afrikas stärker zur Geltung kommen als dies in den Jahren 1947/48 der Fall war.

(leicht gekürzte Version des Vortrag in der Markuskirche Stuttgart am 22.09.2026)

Dr. Thomas Hertfelder ist Historiker. Er hat an der Universität München studiert, geforscht und gelehrt. Von 1997 bis 2025 arbeitete er als Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart.



Freiheit, Gleichheit, Solidarität
Anerkennung als Rechtsperson
Unschuldsvermutung
Eheschließung, Familie
Allgemeines und gleiches Wahlrecht
Recht auf Bildung

Verbot der Diskriminierung
Gleichheit vor dem Gesetz
Freiheitssphäre des Einzelnen
Recht auf Eigentum
Recht auf soziale Sicherheit
Freiheit des Kulturlebens

Recht auf Leben und Freiheit
Anspruch auf Rechtsschutz
Freizügigkeit und Auswanderungsfreiheit
Gedanken-, Gewissens-, Religionsfreiheit
Recht auf Arbeit, gleichen Lohn
Soziale und internationale Ordnung

Verbot der Sklaverei des Sklavenhandels
Schutz vor Verhaftung und Ausweisung
Asylrecht
Meinungs- und Informationsfreiheit
Recht auf Erholung und Freizeit
Grundpflichten

Verbot der Folter
Anspruch auf faires Gerichtsverfahren
Recht auf Staatsangehörigkeit
Versammlungs-/Vereinigungsfreiheit
Recht auf Wohlfahrt
Auslegungsregel

80 Jahre Menschenrechte
Ausstellung
»Mein Name ist Mensch«
30 visuelle Interpretationen
der UN-Menschenrechte von
Jochen Stankowski

Ausstellung
»Mein Name ist Mensch«
32 Text/Bild-Tafel, 60 x 84 cm
auf 3-mm-Hohlplatten

Mit leichter Hand angebracht, sind die A-1-Tafeln ein Beispiel für gelingende Interventionen bei Demonstrationen, in Schulen, auf Märkten, in Galerien, in Kirchen und Theaterhäusern ...

leihen oder kaufen –
Info: peter-grohmann@die-anstifter.de

Katalog
»Orte einer Ausstellung«
Herausgegeben von den AnStiftern
Format 21 x 21 cm, 120 Seiten, 15 Euro
ISBN 978-3-944137-97-1

Texte zu den Grafiken und ein Überblick von mehr als 125 Orten mit Anregungen, wie Menschenrechte zu singen, zu tanzen, zu erwandern, zu improvisieren sind.

Bestellung: kontakt@die-anstifter.de
oder in Ihrer Buchhandlung



Ausstellung im Stuttgarter Stadtteilhaus Hallschlag mit Begleitprogramm des Kulturvereins Dudelsäckle e.V. und den AnStiftern

Dr. Bettina Schmidt

Mein Name ist MENSCH

Rede zur Ausstellung am 2.10 2026
Stuttgart-Hallschlag/Stadtteilhaus

Herzlich willkommen zur Ausstellung „Mein Name ist MENSCH“. Wenn wir das Wort Menschenrechte hören – woran denken wir dann zuerst? Unser Blick geht häufig weit weg: zu internationalen Abkommen, zu den Vereinten Nationen, zu Gesetzbüchern oder zu aktuellen Kriegsgeschehen. Das alles ist richtig – und überlebenswichtig. Doch heute stehen wir hier in einer Kunstausstellung. Und die Kunst stellt uns eine weitere, für mich viel intimere Frage: Wo beginnen Menschenrechte eigentlich?
Beginnen sie bei den großen Institutionen? In den Parlamenten? In Verträgen und Gesetzen? Oder beginnen sie viel näher – in unserem Alltag, in unserem Umgang miteinander, in unserer Gesellschaft?
Es gibt einen Gedanken des vietnamesischen Zen-Meisters Thích Nht Hnh, der uns wie ein Wegweiser durch den heutigen Abend begleiten kann: Jeder weiß, dass Frieden bei einem selbst beginnen muss, aber nicht jeder weiß, wie man das macht. […] Bevor du die Arbeit der Versöhnung mit jemand anderem beginnst, musst du die Kommunikation mit dir selbst wiederherstellen.“
Thích Nht Hnh, Martin Luther King und Nelson Mandela waren und sind wichtige Impulsgeber für eine Haltung, die Menschlichkeit nicht als abstrakten Wert verstanden, sondern als etwas, das sich im konkreten Handeln zeigen muss.
Thích Nht Hnh verband dabei Spiritualität mit praktischem Engagement. Während des Vietnamkriegs setzte er sich unter anderem für Geflüchtete und die sogenannten „Boatpeople“ ein und entwickelte die Idee eines engagierten Buddhismus: Mitgefühl sollte nicht bei einer inneren Haltung stehen bleiben, sondern zu konkretem Handeln führen.
Nelson Mandela praktizierte dies als Präsident Südafrikas und Martin Luther King in der Bürgerrechtsbewegung der USA.
Was aber hat „die Kommunikation mit uns selbst“ mit den Menschenrechten zu tun? In unserer heutigen Zeit vielleicht mehr denn je.
Wir erleben in Deutschland eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung. Rechtsextreme Positionen und die Auseinandersetzung um den politischen Umgang mit ihnen prägen unsere öffentliche Debatte. Fragen nach Menschenwürde, Vielfalt, Zugehörigkeit und dem Schutz von Minderheiten sind längst nicht mehr nur abstrakte politische Themen. Sie begegnen uns mitten in unserem Alltag.
In solchen Zeiten reagieren wir verständlicherweise mit Verärgerung, Wut, mit Ohnmacht oder mit entschiedener Gegenwehr. Doch zugleich stellt sich eine schwierige Frage:
Was passiert mit unserer eigenen Menschlichkeit, wenn wir nur noch in Lagern denken?
Rechtsextreme und menschenfeindliche Narrative arbeiten häufig mit Angst, Vereinfachungen und der Konstruktion von Feindbildern. Sie teilen die Welt in ein „Wir“ und ein „Die“ und machen aus Menschen Gruppen, über die pauschal geurteilt wird.
Ich war erst letzte Woche noch in Südafrika. Deshalb darf ein Satz von Nelson Mandela in meinem Beitrag nicht fehlen: „Einem Menschen seine Menschenrechte verweigern bedeutet, ihn in seiner Menschlichkeit zu missachten.“
Was geschieht, wenn wir im anderen nicht mehr zuerst den Menschen sehen? Menschenrechte beginnen nicht erst dort, wo ein Gericht über einen konkreten Verstoß entscheidet. Sie beginnen viel früher – in der Art, wie wir über andere sprechen, wie wir ihnen begegnen und ob wir bereit sind, ihre Würde anzuerkennen.
Und vielleicht beginnt das tatsächlich bei uns selbst: bei der Bereitschaft, die eigenen Ängste wahrzunehmen, die eigenen Vorurteile zu hinterfragen und auch dann im Gespräch zu bleiben, wenn uns eine Position zutiefst widerspricht.
Wie also können wir diesen Mechanismen etwas entgegensetzen? Thích Nht Hnh spricht vom Innehalten, vom Zur-Ruhe-Kommen des Geistes – davon, wieder klar sehen und fühlen zu können, bevor wir reagieren.
Das klingt angesichts einer aufgeheizten und lauten politischen Debatte fast schon revolutionär einfach. Und vielleicht ist gerade das seine Stärke.
Denn Innehalten bedeutet nicht, passiv zu werden. Es bedeutet, den automatischen Angriffs- oder Verteidigungsmodus zu verlassen und wieder bewusst zu entscheiden, wie wir handeln wollen.
Und genau hier schließt sich der Kreis zu der Kunst, die uns heute umgibt. Die Werke des Malers und Graphikers Jochen Stankowski sind visuelle Stoppschilder im Alltag. Sie konfrontieren uns mit dem Zustand unserer Gesellschaft und mit der Welt – und zugleich mit uns selbst.
Einige Werke werden Sie heute vielleicht unmittelbar berühren. Andere werden Sie herausfordern, irritieren, vielleicht sogar wütend oder betroffen machen.
Und Jedes dieser Gefühle darf da sein. Denn Kunst zwingt uns zum Hinsehen. Sie unterbricht unseren gewohnten Blick.
Sie bringt uns dazu, etwas wahrzunehmen, das wir vielleicht lieber übersehen würden. Und damit kann Kunst eine Form von Kommunikation mit unserem Inneren sein.
Sie stellt uns Fragen: Was macht das mit mir? Was sehe ich hier – und was sehe ich vielleicht nicht?
Wo schweige ich, obwohl ich etwas sagen müsste? Und was kann ich selbst dazu beitragen, die Würde und die Rechte meines Gegenübers zu schützen?
Eleanor Roosevelt, eine der prägenden Persönlichkeiten bei der Entstehung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, wurde einmal gefragt, wo die Menschenrechte denn nun beginnen. Ihre Antwort ist bis heute wegweisend:
„An den kleinen Orten, ganz nah dem eigenen Haus. So nah und so klein, dass man sie auf keiner Landkarte der Welt sehen kann.“
Thích Nht Hnh führt diesen Gedanken noch einen Schritt weiter: Vielleicht beginnen sie sogar in uns selbst. Mit der Entscheidung, innezuhalten. Die eigene Menschlichkeit zu bewahren. Die eigenen Ängste und Vorurteile zu hinterfragen. Und dem anderen zunächst als Menschen zu begegnen.
Denn nur wenn wir bereit sind, Menschlichkeit auch im Kleinen zu leben, können wir sie im Großen glaubwürdig verteidigen.
Ich möchte Sie deshalb einladen, die Zeit heute Abend zu nutzen. Betrachten Sie die Werke nicht nur mit den Augen. Lassen Sie sie auf sich wirken. Und kommen Sie miteinander ins Gespräch. Denn wir sind heute viele unterschiedliche Menschen in diesem Raum. Jeder und jede von uns bringt eine eigene Geschichte, eigene Erfahrungen und eine eigene Perspektive mit.
Vielleicht liegt genau darin die besondere Chance dieses Abends: einander zuzuhören, ohne sofort zu bewerten oder übereinander zu urteilen. Hinzusehen, wo wir sonst wegsehen. Und uns daran zu erinnern, dass Menschenrechte immer mit Menschen beginnen.

https://www.die-anstifter.de/initiativen/mein-name-ist-mensch/



Kommunismus op Kölsch

Wie man am Rhein den Kampf um die Menschenrechte selbst in die Hand nimmt

Wie gut kümmern sich deutsche Großstädte um Menschen, die obdachlos sind, am unteren Ende der sozialen Leiter stehen und Beistand benötigen? Geht so! Deshalb existiert seit fast 50 Jahren im Kölner Stadtteil Mülheim ein außergewöhnliches Projekt: die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim, kurz SSM. Was mit der Besetzung einer alten Fabrik begann, ist heute eine feste Größe im Stadtteil – und ein gelebtes Experiment in sozialer Gleichberechtigung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Rainer Kippe, ein Mitbegründer, erzählt über das Projekt, das eine Kölsche Antwort auf Verarmung, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, Vereinzelung und die drängende Frage liefert, wie solidarisches Zusammenleben gelingen kann.

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
160 Seiten, viele Abb., 20 Euro
ISBN 978-3-8012-0722-9



Laut bleiben!

Und plötzlich sehen alle Zeitungen gleich aus – von Ulm bis in den Schwarzwald. Die Titel der Südwest Presse, der Stuttgarter Zeitung, des Schwarzwälder Boten, der Eßlinger Zeitung, sind geblieben, aber: Titelbild gleich, Titelthema gleich, Inhalt gleich …

... selbst Leitartikel sind nahezu identisch. Nur jeweils mit dem Foto eines anderen Chefredakteurs garniert. Die Neue Pressegesellschaft in Ulm hat das geschafft. Seit dem 1. Oktober, mit fast 30 Zeitungstiteln.
Stolz war man hier in Baden-Württemberg mal, Verleger wie Politik, auf 16 sogenannte unabhängige publizistische Einheiten. Und heute? Pressevielfalt adieu, und mit der Pressevielfalt stirbt auch die Pressefreiheit, die abhängig ist von Verlegern und Zeitungen, die noch tun, für was sie da sind. Ohne uns als kleine Zeitung aus Stuttgart überschätzen zu wollen – plötzlich gehört man selbst zu den Wenigen im Musterländle BW, die die Fahne der Vielfalt noch schwenken. Und das mit Leidenschaft seit 15 Jahren.

Stuttgart, 2011. Zehntausende Menschen demonstrieren gegen Stuttgart 21. Von der hiesigen – immerhin noch existenten – Presse als Zukunftsverweigerer gescholten, als Wutbürger mit spinnerten Ideen und keiner Ahnung. Damals, mitten in diesen Wirren, hat sich Kontext gegründet. Denn eine ernsthafte Stimme gab zu der Zeit denen, die nicht einverstanden waren mit diesem Bahnhofsumbau, keiner. Kontext schon. Immer journalistischen Standards verpflichtet, aber immer auch mit klarer Haltung und adressierter Botschaft.

Schon damals zeichnete sich ab, dass die Presselandschaft schmaler werden würde. „Zeitungssterben" war das Schlagwort. Anzeigenerlöse brachen ein, Print verkaufte sich immer schlechter, das klassische Geschäftsmodell der Verlage schwand mehr und mehr. Redaktionen wurden zusammengelegt, Außenredaktionen gestrichen, die großen Linien in der Berichterstattung gingen vielerorts verloren weil die schnelle und zugespitzte Nachricht nicht nur billiger zu produzieren ist als wirkliche Recherche, sondern auch mehr Klicks verspricht. Viele Zeitungen führten erstmals Paywalls ein, Bezahlschranken.

Die Kontext-Wochenzeitung, eine Zeitung für Baden-Württemberg ist einen anderen Weg gegangen. Online immer mittwochs und samstags in Auszügen bundesweit gedruckt in der Berliner taz, setzen wir seit Beginn auf lange Stücke mit Einordnung und Hintergrund. Kontext ist gemeinnützig, eigenständig und werbefrei und damit unabhängig von Verlagen, Wirtschaftsunternehmen und Anzeigenkunden. Wir haben keine Bezahlschranke, weil wir wollen, dass auch Menschen mit wenig Geld unsere Artikel lesen können. Wir setzen auf freiwillige und solidarische Unterstützung unserer Community, die seit der Gründung von Kontext stetig wächst. Und: wir tragen unsere Erfahrung seit 15 Jahren in Bildungseinrichtungen, in Schulen und Universitäten, um jungen Menschen zu zeigen, wie Medien ticken, wie Journalismus geht und was er leisten kann.

Seit 2011 hat sich bei Kontext viel verändert, personell, thematisch, wir haben andere Schwerpunkte gesetzt, mehrfach den Look geändert. Was uns geblieben ist und was Kontext als kleine Stimme im pressemäßig immer stilleren Baden-Württemberg ausmacht, ist die Lust am Lauten, am Krawall, damit sich etwas, das wir als Missstand wahrnehmen, ändert.

Kontext steht für Pressefreiheit. Denn Pressefreiheit verschwindet nicht nur durch staatliche Unterdrückung irgendwo weit weg, sie verschwindet auch, wenn ökonomischer Druck – oder Gier - Redaktionen zerquetscht. Pressefreiheit ist nicht nur das Recht, etwas schreiben zu dürfen. Denn das hilft wenig, wenn es keine Redaktionen mehr gibt, die sie für sich in Anspruch nehmen. Deshalb hat der Kontext-Verein, der unsere Zeitung trägt, vor zwei Jahren die Stadtteilzeitungen Blättle Stuttgart Süd und Stuttgart West gekauft. Um die sublokale Berichterstattung aufrechtzuerhalten, die in Stuttgart nahezu verschwunden ist.

Wo keiner mehr berichtet, wird zu viel unter den Teppich gekehrt. Das müssen keine riesigen Skandale sein – wenn keine Vertreter der lokalen Presse mehr in Sitzungen von Ortschaftsräten sitzen, guckt denen auch keiner mehr auf die Finger. Schon demokratischen Politiker:innen auf die Finger zu schauen ist absolut notwendig. In Zeiten, in denen eine rechtsextreme Partei erstmals seit 1945 sogar einen Landtagspräsidenten stellt, ist eine freie und auch laute Presse, die sich was traut, unverzichtbar.

2018 wurde Kontext verklagt von einem Neonazi. Wir haben Facebook-Chats von diesem Mann veröffentlicht, weil er damals für zwei AfD-Landtagsabgeordnete arbeitete und damit nicht nur Zugriff hatte auf sensible Informationen, sondern aktiv beteiligt war an der Ausgestaltung von Politik. Wir wollten zeigen, wie einer tickt, der mit dieser Partei im Herzen der Demokratie sitzt.

Die Frage vor Gericht war, ob diese Chats, weil elektronische Dateien, manipuliert worden seien. Mehrere Gerichte waren der Meinung, da sei nichts manipuliert. Eines fand aber, das sei ihm alles zu unsicher. Sieben Jahre dauerte der juristische Streit, er führte uns bis zum Bundesgerichtshof. Und letztlich haben wir ihn verloren. Und dennoch war es das einzig richtige: bis zum bitteren Ende durchziehen. Von Anfang an setzte die Gegenseite, vertreten durch eine bekannte Kanzlei, die die AfD auch in anderen, großen Verfahren vertritt, die Kosten des Verfahrens so hoch an, dass Kontext kurz vor der Pleite stand. Nur dank mehrerer Spendenkampagnen zum Thema und unseren treuen Lesenden und Spender:innen konnten wir die 130 000 Euro Kosten stemmen.

Und die Zahl an Journalist:innen und Medien, die mit exorbitanten Beträgen für juristische Auseinandersetzungen überzogen werden, wächst. Sie werden verklagt von der AfD, von Wirtschaftsunternehmen, Politikern. Viele haben gelernt, dass Öffentlichkeit davor schützen kann, einfach platt geklagt und mundtot gemacht zu werden. Denen gilt unsere volle Solidarität.

Die Zeiten sind rauer geworden, seit 2011. Das Gefüge der Welt ist durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ins Rutschen geraten, der Klimawandel ist mittlerweile selbst in Baden-Württemberg unübersehbar, die Transformation im Automobilsektor und die Planlosigkeit großer Konzerne reißt tiefe Schneisen in die Zahl der Beschäftigten und der Sozialabbau trifft vor allem diejenigen, denen es finanziell sowieso nicht gut geht. Über alledem schwebt ein massives Aufrüstungsprogramm. Vieles von dem speist die Wählerzahlen der AfD, einer rechtsextremen Partei mit Deportationsfantasien, die Minderheiten, Engagierte und Journalist:innen bedroht.

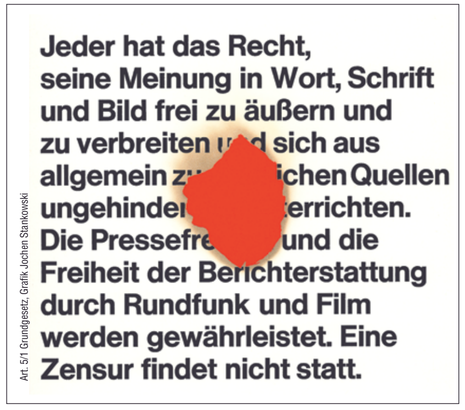
In diesen Zeiten ist unabhängiger und guter Journalismus unabdingbar. Denn Pressefreiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie braucht Journalist:innen, die sie ernst nehmen und auch dann berichten, wenn es unbequem wird. Sie braucht Redaktionen, die unabhängig bleiben, und Leser:innen die bereit sind, diesen Journalismus zu unterstützen.

Die Kontext-Wochenzeitung bleibt auch nach 15 Jahren laut, weil Leise keine Alternative sein kann. Für uns bedeutet das: weiter recherchieren, weiter streiten, weiter den Finger in die Wunden legen. Denn ohne kritische und freie Presse gibt es keine starke Demokratie. Für Kontext gilt mehr denn je: Wir bleiben dran.

Anna Hunger

PS: Die AnStifter
sind Partner und Freunde von

KONTEXT: WOCHENZEITUNG





»Das Theaterhaus

war schon immer ein Ort, an dem Vielfalt, Toleranz und Offenheit gelebt werden und Diskurs zum Alltag gehört. Ein starker demokratischer Staat braucht eine wache Zivilgesellschaft, die Rassismus und Hetze entschieden entgegentritt. Wer heute zur Erhaltung unserer Grundrechte schweigt, wird morgen erleben, wie schnell das Erreichte zerbricht. Menschenrechte und Demokratie sind keine Geschenke der Geschichte, sondern tägliche Aufgaben. Gerade jetzt, da rechtsnationale Kräfte wie die AfD versuchen, unser gesellschaftliches Fundament auszuhöhlen, dürfen wir nicht stumm bleiben. Wer die Demokratie verhöhnen und abbauen will, zielt immer zuerst auf die Freiheit des Denkens, der Kunst und des Zusammenlebens.«

Werner Schretzmeier
Intendant und Regisseur

Aus dem Bundespräsidialamt

kam Post für Die AnStifter: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erreichen so viele Briefe, dass er leider nicht alle persönlich beantworten kann, so gerne er es täte. ClaudiaRolf antwortet in seinem Namen:

»Als AnStifter stiften Sie nicht nur gute Ideen, sondern zeichnen auch Menschen und Initiativen aus, die sich in besonderer Weise für Frieden, Demokratie und Menschenwürde einsetzen – finanziert und ausgewählt von Bürgerinnen und Bürgern selbst. Diese Form der Beteiligung macht Ihren Preis zu etwas Besonderem. Sie ist ein sichtbares Zeichen dafür, dass demokratisches Engagement und Gemeinsinn aus der Mitte der Gesellschaft heraus entstehen.

Auch mit den diesjährigen Auszeichnungen für Anna Ohnweiler, Gründerin der Initiative „Omas gegen Rechts", sowie für die Schülerinnen und Schüler des Berufskollegs für Grafik-Design der Johannes-Gutenberg-Schule Stuttgart würdigen Sie beispielhaftes Engagement und setzen ein Zeichen für gelebte demokratische Verantwortung und ein solidarisches Miteinander.

Gerade in einer Zeit, in der unsere freiheitliche Demokratie von innen und außen neuen Anfechtungen ausgesetzt ist, ist ein solches Engagement für Demokratie, Freiheit, Toleranz und ein respektvolles Miteinander unverzichtbar.

Der Bundespräsident wünscht Ihnen eine inspirierende FriedensGala, viel Resonanz für Ihr Anliegen sowie den diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträgern alles Gute und weiterhin viel Kraft für ihr Engagement.

Mit freundlichen Grüßen, ***Claudia Rolf***
Grundsatzfragen der Innen- und Demokratiepolitik/
Historische Grundsatzfragen; Erinnern und Gedenken«





Altamira ist eine Stadt im brasilianischen Bundesstaat Para mit über hunderttausend Einwohnern. Sie liegt an einem der vielen Nebenflüsse des Amazonas dem Rio Xingu und direkt an der berühmten Straße „Transamazonica".

Altamira war und ist ein Zentrum der Regenwaldzerstörung. Die Transamazonica war das Einfallstor, auf dem u.a. die Sägen von Stihl aus Waiblingen ganze Arbeit leisteten und den Regenwald weggesägt haben. Heute gibt es in der Region nur noch Waldinseln. Ansonsten ist die Landschaft geprägt von Rinderweiden soweit das Auge reicht. Bekannt wurde die Stadt aber auch durch den Bau des gigantischen Staudammprojektes „Belo Monte". Seit ungefähr 10 Jahren wird hier vermeintlich „grüner Strom" durch das Wasserkraftwerk erzeugt. Der Strom ist allerdings weder grün, noch wird die ursprünglich geplante Menge an Strom erreicht. Die Trockenzeiten am Amazonas verringern die Wassermenge in einem Ausmaß, dass öfter von den vierzehn Turbinen nur noch zwei oder drei am Netz sind. Durch den Bau wurden Menschen vertrieben und in Altamira kam und kommt es immer öfter zu Wassermangel und der Versorgung der Menschen durch Tankwagen. Durch den Stausee und die Kanäle zum Kraftwerk führt der Fluss Xingu so wenig Wasser, dass die Fischpopulation zurückgeht, mit dramatischen Folgen für die Flussbewohner.

Und jetzt droht neues Ungemach, weil in unmittelbarer Nähe von Altamira an einem Flussabschnitt, genannt der große Bogen (Volta Grande), die größte Goldmine Brasiliens entstehen soll. Das Projekt sieht einen Tagebau mit einem 35 Millionen Kubikmeter großen Absetzbecken vor, in das die beim Goldabbau übrigbleibende Abfallstoffe wie Arsen, Antimon, Blei, Kupfer und Schwefel geleitet werden sollen, so die Angaben der Betreiberfirma, einem kanadischen Bergbaukonzern mit dem Namen „Belo Sun" – Wunderschöne Sonne! Wie zynisch!

Die journalistische Plattform SUMAUMA fand jedoch heraus, dass dies nur das „Anfangsbecken" sei, das die ersten Betriebsjahre abdecken soll. Das Gesamtvolumen könnte sich fast verdreifachen auf über 100 Millionen Kubikmeter. Dieses Staubecken wäre damit fast dreimal so groß wie das vom brasilianischen Bergbaukonzern Vale in Brumadinho im Bundesstaat Minas Gerais, dessen Damm 2019 brach, 272 Menschenleben forderte, 300 km des Flusses Paraopeba verseuchte und 200 ha Wald zerstörte. **(Siehe Bild)**

Die Angst vor diesem Horrorprojekt ist groß, vor allem bei den betroffenen Indigenen, Frauen der Juruna, der Xikrin, der Xipaya und anderen. Und diese Angst trieb sie zum Handeln. Eine erste Besetzung des Sitzes der „Indigenenschutzbehörde (Funai)" und des Flughafens in Altamira fand im Dezember letzten Jahres statt. Rund 40 Tage dauerten die Aktionen mit der Forderung, dass die Funai endlich ihrer Aufgabe nachkommt, die Indigenen zu schützen und ihre ureigensten Interessen zu vertreten. Sie befürchten, dass mit dem Minenprojekt dieNatur und damit ihre Lebensgrundlage weiter zerstört wird. Deshalb kämpfen sie gegen dieses Wahnsinnsprojekt, das die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer macht.

Lekaraty Xikrin ist eine der Anführerinnen der indigenen Frauenbei den Protestaktionen gegen Belo Sun. Sie sagt: *„Wir verkaufen unsere Flüsse und unseren Wald nicht. Ich kämpfe nicht für mich, sondern für die Generation nach uns, für meine Kinder und für meine Enkel." Und, so erklärt sie: „Jeder Baum im Wald ist für uns wie ein Bruder, eine Schwester, die Früchte, die auf die Erde fallen, sind unsere Kinder, die Samen unsere Enkel. Der Fluss ist unser Blut. Wenn wir den Wald nicht schützen, sterben unsere Früchte und unsere Samen. Wenn wir den Fluss nicht vergiftet, ist unser Blut vergiftet."*



Im April führte die Organisation Xingu vivo (Der Xingu lebt), ein Treffen mit VertreterInnen relevanter sozialer Gruppen der Stadt Altamira durch. Das Interesse war sehr groß und es zeigte sich, dass leider Viele schlecht über die Pläne von Belo Sun informiert waren. Die Stimmung war allerdings eindeutig gegen den Goldabbau in der schon durch das Wasserkraftwerk Belo Monte gebeutelten Region.

Es macht Hoffnung, dass die Gegner von Belo Sun dabei sind, sich weiter zu organisieren. Ihre Anwälte bereiten sich auf weitere juristische Auseinandersetzungen vor und die indigenen Frauen auf weitere Aktionen des zivilen Widerstands, an denen sich auch die betroffenen Fischer und Kleinbauern beteiligen. Belo Sun mag zwar reich an Ressourcen sein und daher die Unterstützung durch die Mehrheit der politischen Kaste Brasiliens genießen.

Trotzdem hält die Bewegung Xingu vivo es für möglich, ja sogar für wahrscheinlich, dass die Goldmine verhindert werden kann. Unterstützung und praktische Solidarität, auch auf internationaler Ebene ist sicher nötig und hilfreich, genauso wie die klare Positionierung der katholischen Kirche und der sozialen und ökologischen Bewegungen in der Region und darüber hinaus.

Wir von POEMA arbeiten schon seit vielen Jahren mit der Bewegung Xingu vivo zusammen, sind regelmäßig mit den Verantwortlichen im Kontakt, treffen uns auf unseren Reisen mit ihnen und unterstützen sie bei der Bildungsarbeit für betroffene Indigene, Flussbewohner und Kleinbauern. Sehr wichtig ist auch die Unterstützung bei den Aktionen und Landbesetzungen sowie die Finanzierung von Anwälten. Wir lassen sie nicht allein.

Mitentscheidend wird auch sein, wer die im Oktober durchgeführten Präsidentschaftswahlen gewinnt. Solle dies der rechte Kandidat und Sohn des früheren Präsidenten Flavio Bolsonaro sein, wird es eher schwierig, während bei einem Sieg von Lula die Chancen besser wären, Belo Sun und die Goldmine zu stoppen.

Zwischen 2019 und 2023 importierte Deutschland 720 Tonnen Gold, mehr als die Hälfte davon über die Schweiz. Allein 1,3 Tonnen kamen direkt aus dem brasilianischen Bundesstaat Amazonas und vermutlich aus illegalem Abbau. Das Gold fließt weiter – in Schmuckstücke, Elektronikgeräte oder Finanzprodukte –, die später als Konsumgüter in unseren Händen landen. Ohne dass wir ahnen, woher das Gold wirklich stammt.

Gerd Rathgeb

www.poema-deutschland.de
email@poema-deutschland.de







Das Regenwald- und Hilfsprojekt POEMA – Armut und Umwelt in Amazonien) – wurde 2008 mit dem mit 5.000 Euro dotierten Stuttgarter Friedenspreis der Bürgerstiftung Die AnStifter ausgezeichnet. POEMA setzt sich für friedensstiftende Projekte, Hilfe zur Selbsthilfe und Umweltschutz in Amazonien ein und unterstützt u.a. indigene Gemeinschaften (wie die Wajãpi und Kaapor) konkret durch den Bau von Brunnenanlagen, Trinkwasseraufbereitung, Gesundheitskursen und die Bereitstellung von Solarlampen. Der Stuttgarter FriedensPreis ehrte den langjährigen Einsatz für soziale Gerechtigkeit, den Schutz der Lebensgrundlagen indigener Völker und die Völkerverständigung. POEMAist Partner der AnStifter.

Impressum:
Die Menschenrechte sind es wert:
Hingucken. Einmischen.
Aufmucken.
Die Zeitung zur FriedensGala

Herausgegeberin: **Die AnStifter**
Marion Dieringer, Bernd Faller,
Peter Grohmann
(viSdP) und Peter Wolf

Sitzredakteur und ViSdP.:
Peter Grohmann
Gestaltung:
www.atelier-stankowski.de

Gemeinnützig: Die AnStifter
D 70182 Stuttgart, Werastraße 10
www.die-anstifter.de

Gut so – oder auch anders:
Debatten, Kritik, Haltung,
Vielfalt der Meinungen –
aber immer klare Kante für
Menschenrechte und Demokratie.

Die Verantwortung für Texte,
Initiativen, Termine,
Veranstaltungen liegt bei den
AutorInnen und Veranstaltenden.

Änderungen vorbehalten.
Beiträge jedweder Art geben ausschließlich deren Meinung wider.
Danke an alle, die anstiften!

Druck: coldset-Innovation Fulda

Jetzt tu Du
Geldannahmestelle ist das
AnStifter-Konto bei der GSL:
DE31 4306 0967 7000 5827 01
Kennwort: Mensch

Wir unterstützen die FriedensGala 2026

Freundeskreis Flüchtlinge Süd/Böblingerstraße

Miteinander am 6.Dezember für Menschenrechte und

Bitte Plakat herausnehmen und aufhängen

DEMÖKRATIE

Stuttgarter FriedensPreis
der AnStifter

FriedensGala

Sonntag, 6.12. 2026, 13:30 h
Theaterhaus Stuttgart

Tickets 25.- / 18.- / 10,- (U 18)

Den Stuttgarter FriedensPreis
der AnStifter 2026 erhält
Anna Ohnweiler,
Omas gegen Rechts
Laudatio: Dr. Alessandro Bellardita

Den JugendPreis AnStifter 2026
erhält das
Projekt Käthe Kollwitz: Heute
Johannes-Gutenberg-Schule
Laudatio: Katarina Speck

Mitwirkende:



Anna Ohnweiler
Preisträgerin



Dr. Alessandro
Bellardita *und*



Nima Farahmand Bafi
(Iran) am Piano



Jonathan Lübke
Gruß der AnStifter



Sina Rein
am Beamer

SchülerInnen
des BerufsCollegs
der Johannes-
Gutenberg-Schule



Katarina Speck
Laudatio



Moderation:
Elena Oehrlich



Lola Moos
Preisübergabe



Peter Grohmann
Das letzte Wort



FriedensGala 2018

ViSdP: Die AnStifter | Peter Grohmann



Kundgebung zu #HartVerdient gegen die Angriffe auf den Sozialstatt, 26. September 2026

Gemeinsam stark: Für gute Arbeit, ein gutes Leben und eine demokratische Zukunft

Foto: Julian Rettig

Es gibt Momente, in denen deutlich wird, dass gute Arbeits- und Lebensbedingungen nicht selbstverständlich sind. Wenn die Miete steigt, wenn Beschäftigte um ihre Zukunft bangen, wenn bewaffnete Konflikte den Frieden bedrohen und wenn gesellschaftlicher Zusammenhalt unter Druck gerät, zeigt sich, wie wichtig Solidarität ist. Die Geschichte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland ist deshalb auch die Geschichte von Menschen, die sich zusammengeschlossen haben, um gemeinsam für Würde, Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität einzutreten. Die IG Metall steht seit Generationen für genau diesen Zusammenhalt. Sie ist nicht nur eine Interessenvertretung am Arbeitsplatz, sondern eine Organisation, die sich für gute Arbeit, soziale Sicherheit und eine demokratische Gesellschaft einsetzt.

Gute Arbeit und ein gutes Leben brauchen starke Gewerkschaften

Die zentrale Aufgabe der IG Metall besteht darin, die Interessen ihrer Mitglieder in den Betrieben und darüber hinaus zu vertreten. Das geschieht vor allem durch Tarifverträge und Mitbestimmung.

Tarifverträge sorgen dafür, dass Löhne, Arbeitszeiten, Urlaubstage und viele weitere Arbeitsbedingungen nicht einseitig von Arbeitgebern festgelegt werden, sondern fair ausgehandelt werden. Sie verhindern zugleich eine Konkurrenz der Beschäftigten untereinander um immer niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen. Damit schaffen sie verbindliche Standards, stärken den Zusammenhalt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und sorgen für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Wo Tarifverträge gelten, verdienen Beschäftigte in der Regel mehr, arbeiten unter besseren Bedingungen und verfügen über größere Planungssicherheit. Die IG Metall hat in ihrer Geschichte immer wieder bewiesen, dass Verbesserungen bei Löhnen, Arbeitszeiten und sozialer Absicherung nur dann erreicht werden, wenn Beschäftigte gemeinsam und organisiert auftreten.

Mindestens ebenso wichtig ist die Mitbestimmung. Betriebsräte und Arbeitnehmervertretungen sorgen dafür, dass Beschäftigte bei wichtigen Entscheidungen im Betrieb eine Stimme haben. Sie stärken Demokratie und Fairness am Arbeitsplatz und ermöglichen es, Veränderungen gemeinsam zu gestalten. Die Demokratisierung der Arbeitswelt gehört seit jeher zu den Kernanliegen der Gewerkschaften. Beschäftigte sollen nicht Objekt unternehmerischer Entscheidungen sein, sondern ihre Arbeitsbedingungen aktiv mitgestalten können. Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zeigen, dass dort, wo Mitbestimmung gelebt wird, die Interessen der Beschäftigten besser geschützt und Arbeitsplätze nachhaltiger gesichert werden können.

Gewerkschaften leisten darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und Emanzipation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer seine bzw. ihre Rechte kennt, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge versteht und lernt, gemeinsame Interessen zu organisieren, kann diese auch wirksam vertreten. Politische Bildung stärkt daher nicht nur die Einzelnen, sondern auch die demokratische Kultur in Betrieben und Gesellschaft.

Gute Arbeit allein reicht jedoch nicht aus. Die IG Metall setzt sich ebenso für ein gutes Leben ein. Dazu gehören eine verlässliche Krankenversicherung, eine auskömmliche Rente und eine solidarische Pflegeversicherung. Diese Sicherungssysteme schützen Beschäftigte vor den großen Lebensrisiken und sorgen dafür, dass niemand im Krankheitsfall, im Alter oder bei Pflegebedürftigkeit allein gelassen wird. Zugleich müssen Arbeitseinkommen und soziale Sicherung so ausgestaltet sein, dass Menschen am gesellschaftlichen, kulturellen und demokratischen Leben teilhaben können. Ein starker Sozialstaat ist daher kein Luxus, sondern eine Grundvoraussetzung für soziale Sicherheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und echte Chancengleichheit.

Vor diesem Hintergrund kritisiert die IG Metall politische Vorhaben, die Leistungen des Sozialstaats



Gründungsveranstaltung der IG Metall Stuttgart im Jahr 1946 (*Bildquelle „IG Metall Stuttgart“)*

schwächen oder soziale Risiken stärker auf die Einzelnen verlagern. Statt Kürzungen fordert sie Investitionen in soziale Sicherheit, eine stabile Finanzierung der Sozialversicherungen und eine gerechte Verteilung gesellschaftlicher Lasten. Ihr Ziel ist eine Gesellschaft, in der wirtschaftlicher Fortschritt allen Menschen zugutekommt und niemand zurückgelassen wird.

Erfolge, auf die Generationen von Metallerinnen und Metallern stolz sein können

Die Geschichte der IG Metall ist eine Geschichte großer Fortschritte für die Beschäftigten. Bereits in den 1950er Jahren erkämpfte sie die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. In den folgenden Jahrzehnten kamen Urlaubsgeld, zusätzliche Sonderzahlungen, längere Urlaubsansprüche, Kündigungsschutzregelungen und weitere Verbesserungen hinzu. Ein Meilenstein war der historische Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche im Jahr 1984, der den Weg für deutlich kürzere Arbeitszeiten ebnete. Später setzte die IG Metall unter anderem Regelungen zur Qualifizierung, zur Übernahme von Auszubildenden und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben durch. Diese Errungenschaften sind kein Geschenk gewesen. Sie wurden von Generationen engagierter Kolleginnen und Kollegen gemeinsam erkämpft und verdienen bis heute Respekt und Anerkennung.

Verantwortung in Zeiten des Rechtsrucks

Gewerkschaften tragen nicht nur Verantwortung für Arbeitsbedingungen, sondern auch für die Demokratie. Angesichts des Erstarkens rechtsextremer Kräfte kommt dieser Aufgabe eine besondere Bedeutung zu. Die Gewerkschaften haben eine historische Erfahrung, die sie verpflichtet: Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden freie Gewerkschaften zerschlagen, ihre Häuser besetzt, ihr Vermögen beschlagnahmt und viele Gewerkschafter verfolgt. Die Lehre daraus ist eindeutig: Demokratie, Menschenwürde und Arbeitnehmerrechte gehören untrennbar zusammen – Nie wieder ist jetzt!

Deshalb treten die IG Metall und die Gewerkschaften insgesamt entschieden gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit ein. Sie wissen aus ihrer eigenen Geschichte, welche Folgen es hat, wenn demokratische Institutionen geschwächt und Menschen ausgegrenzt werden. Die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte nicht wiederholt, gehört zum Selbstverständnis der Gewerkschaftsbewegung.

Doch nicht nur historische Erfahrung und Verantwortung sind unsere Triebfedern. Es ist auch ganz sachlich festzuhalten: Rechtsextremisten machen keine Politik im Interesse der Beschäftigten. Statt Lösungen für gute Arbeit, sichere Renten, bezahlbare Wohnungen oder starke Tarifverträge anzubieten, setzen sie auf Ausgrenzung, rassistische Feindbilder und die Spaltung der Gesellschaft. Gewerkschaften wissen, dass der grundlegende Interessengegensatz in der Arbeitswelt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht und nicht zwischen Beschäftigten unterschiedlicher Herkunft, Religion oder Nationalität. Wer Beschäftigte gegeneinander ausspielt, schwächt ihre gemeinsame Handlungsfähigkeit und stärkt diejenigen, die von dieser Spaltung profitieren. Gewerkschaften stehen deshalb für Solidarität und vertreten Beschäftigte unabhängig von Herkunft, Religion oder Lebensweise. Nur Zusammenhalt verbessert Arbeits- und Lebensbedingungen. Spaltung schwächt dagegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Gemeinsam die Zukunft gestalten

Die Erfolge der Vergangenheit zeigen, was möglich ist, wenn Beschäftigte gemeinsam handeln. Gute Arbeit, soziale Sicherheit und demokratische Teilhabe fallen nicht vom Himmel. Sie müssen immer wieder verteidigt und weiterentwickelt werden. Die IG Metall hat dabei seit Jahrzehnten eine wichtige Rolle gespielt und wird sie auch künftig spielen: als starke Stimme für die Beschäftigten, für einen handlungsfähigen Sozialstaat und für eine offene, demokratische Gesellschaft. Denn gute Arbeit und ein gutes Leben sind keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis von Solidarität und müssen immer wieder gemeinsam erkämpft und verteidigt werden.

GUTE ARBEIT ▲ GUTES LEBEN
IG METALL STUTTGART

An Morgen erinnern

Termine & Tipps 2026 / 27

November

Mo 2. - So. 5. Nov. 26: https://www.juedische-kulturwochen-stuttgart.de/

Mi 4. Nov. 26, 9. Rathaus Neuhasen/Fildern, Vernissage „Mensch“

Fr 6. Nov. 26, 18 h. Rathaus Eislingen: Kampagne für Menschenrechte, Vernissage „Mein Name ist Mensch“ mit Michel Biehler

Sa 7. Nov. 27, 10:30 h. Philosophische Cafe der AnStifter im Hegelhaus: Prof. Dr. Martin Uhl: Vertrauen in KI – Ein zweischneidiges Schwert

Sa 7. Nov. 26. Gedenkstätte im Inneren Nordbahnhof: Zeichen der Erinnerung. Nachtöffnung der Gedenkstätte.

So 8. Nov. 26. Theaterhaus. 13 Minuten. Wie Georg Elser fast die Welt verändert hätte

Mo 9. Nov. 26, 18 h. IRGW, Synagoge, Hospitalstraße. 36, Stuttgart: Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht: Die brennenden Synagogen wurden zum erschütternden Vorzeichen für das unermessliche Leid und die Verbrechen, die von den Nationalsozialisten im deutschen Namen begangen wurden.

Di 10. Nov. 26, 19: h: AnStifter im Museum Hegelhaus: „Diesen Kuss der ganzen Welt“. Ein Abend für Friedrich Schiller - Dorothea Baltzer, Frank Ackermann, Frank Eisele (Akkordeon)

So 15. Nov. 26. Hospitalhof: 80 Jahre Evangelische Studierendengemeinde (ESG)

So 15. Nov. 26. Theaterhaus. Spoken Arts Festival

So 15. Nov. 26. Hegel freut sich: Philosophisches Cafe der AnStifter in Hegels Geburtshaus

Mi 18. Nov. 26: 48. Stuttgarter Stolperstein-Verlegungen https://www.stolpersteine-stuttgart.de/start/

Do 19. Nov. 26 bis 20. Dez. 26: Rathaus Eislingen. ‘Mein Name ist Mensch’. 30 Plakate von J. Stankowski zu den Menschenrechten

Sa 21. Nov. 26, 10:30 h. Hegelhaus, Philosophisches Cafe. Dr. Daniel Martin Feige: Die Ästhetik des Horrors

Do 26. Nov. 26 , 19 h. Theateraus: Mitgliederversammlung Kontext:Wochenzeitung

Sa 28. Nov. 26, 14 h. Theaterhaus: Lebensfreundschaft | Stuttgarter Uraufführung: Lebensfreundschaft. Ein einzigartiger Film von Franz Stepan über Prof. Fritz Auer, Architekt, und Hans A. Muth – Designer. Prof. Fritz Auer und Franz Stepan sind anwesend.

Dezember

Di 1. Dez. 26, 11:00 h. Mahnmal Killesberg: Gedenkfeier zur Deportation der Juden nach Riga www.zeichen-der-erinnerung.org/

Di 2. Dez. 26, 19 h. Haus der Kath. Kirche, Königstraße: Waffenstillstand ohne Frieden und Perspektive: Gaza, das Westjordanland, die neue Unsicherheit im Nahen Osten / Die AnStifter + Pax Christi, Dr. Jan Busse und Jörg Armbruster

So 6. Dez 26, 12 h. Theaterhaus: Stelldichein der Omas gegen Rechts

So 6. Dez. 26, 13:30 h. Theaterhaus: FriedensGala mit Anna Ohnweiler, Omas gegen Rechts, Nima Bafi uvam.: Unterwegs für Menschenrechte und Demokratie | www.die-anstifter.de

Do 10. Dez. 26, 5 vor 12: Menschenrechte hochhalten - Tag der Menschenrechte. Freitreppe neben dem Kunstmuseum

Di 10. Nov. 26, 19 h: AnStifter im Museum Hegelhaus: „Diesen Kuss der ganzen Welt“. Ein Abend für Friedrich Schiller Dorothea Baltzer, Frank Ackermann, Frank Eisele (Akkordeon)

Mo 14. Dez. – Di 15. Dez. 26: Give Peace a Chance! – Frieden lernen, gestalten, leben | Haus auf der Alb, Bad Urach. Ab´anmelden: info@deab.de

Januar 2027

Fr 22. Jan. 27, 15:30 h: Führung durch das Haus der Geschichte

Februar 2027

Mi 10. Feb. 27. Theaterhaus: Politischer Aschermittwoch der AnStifter

Sa 13. Feb. 27, 10:30 h. Phil. Cafe: Prof. Dr. Wilfried Thaa: Vom (Parteien-)Pluralismus zur Führerdemokratie? Wohin entwickeln sich die repräsentativen Demokratien?

Sa 27. Feb. 27, 10:30 h: Phil. Cafe: Jonathan Lübke: Situation und Konstellation – vom Verschwinden des Spielraums (Hartmut Rosa)



Foto: Jochen Stankowski

So 28. Feb. 27: Letzter Tag für Vorschläge zum Stuttgarter FriedensPreis 2027

März 2027

Sa 13. März 27. Theaterhaus: Wie sie werden könnte, diese Erde. Fritz-Lamm-Tagung

April 2027

Mitte April: Theater am Olgaeck + Die AnStifter: Roma-Tag-Festival

10. yidish-festival shtutgart 2027 Weitere Infos: albert.kunze@yidishland.org

Mai 2027

Di 4. Mai 27, 19h. Theaterhaus: 150. Geburtstag Mordkhe Gebirtig

Fr 7.Mai 27, 19 h. Theaterhaus Konzert THE KLEZMATICS aus New York

Wir sagen wie was wo: www.die-anstifter.de/kalender

Sommer 1907 – Sommer 2027 Wo stehen wir 120 Jahre später?

Ein internationales Theater-, Performance- und Diskurs-Festival vom Theater RAMPE in Auseinandersetzung mit dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart von 1907

1907 wurde Stuttgart zum Zentrum einer internationalen Bewegung: Auf dem Cannstatter Wasen versammelten sich 60.00 Menschen und in der Liederhalle Stuttgart tagten hunderte Delegierte zum Internationalen Sozialistenkongress – dem einzigen dieser Art in Deutschland und einem Höhepunkt internationaler emanzipatorischer Vernetzung vor dem Ersten Weltkrieg. Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Jean Jaurès, Wladimir Iljitsch Lenin, August Bebel u.a. sprachen über Verhinderung von Kriegen, die Forderung eines Frauenwahlrechtes, Einführung eines Mindestlohns, den Kolonialismus und die internationale Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung. Sie formulierten dort politische Visionen und streitbare Ideen, die weit über ihre Zeit hinauswirkten, lange bevor das Zeitalter sozialistischer Zersplitterung und kommunistischer Gewaltherrschaft einsetzte.

Wo stehen wir 120 Jahre nach dem internationalen Sozialistenkongress? Im Juni 2027 knüpft das international vernetzte Produktionshaus RAMPE in Kooperation mit dem Literaturhaus Stuttgart, der Akademie Schloss Solitude und vielen weiteren Partner*innen an diesen historischen Moment an und beleuchtet die Themenschwerpunkte des Kongresses in einem künstlerischen Zukunftslabor neu.

12 internationale Künstler*innen suchen in flammenden Reden, Lecture-Performances und performativen Interventionen die zentralen Konfliktlinien unserer Gegenwart auf – Militarisierung, Migration, Gleichberechtigung, soziale Ungleichheit, Kolonialismus, neuer Imperialismus und verhandeln die Frage nach Solidarität in einer fragmentierten Welt. In der Annahme, dass die Zukunft noch völlig offen und die Geschichte eben doch nicht vorbei ist, wird die Frage gestellt: Was sind die Zukunftsvorstellungen und Utopien unserer Zeit?

In einer Zeit globaler Krisen versteht sich das Festival im Juni 2027 als Einladung zur kollektiven Imagination, zum öffentlichen Streit und zur gemeinsamen Suche nach einer solidarischen Gegenwart und Zukunft, in der Widersprüche wieder ausgehalten werden können und nicht verdeckt werden müssen.

Zuhören, Mitreden und Machen ist teuer. Unsere Stärke ist die Vielfalt, unsere Schwäche ist das Geld. Es fehlt. Wenn Sie gut finden, was wir praktizieren – etwa diese Zeitung, die FriedensGala, den kritischen Blick in den Alltag mit Sonne im Herzen – dann helfen Sie uns. Ideal ist eine Geldspritze, die tut nicht weh: IBAN: DE31 4306 0967 7000 5827 01 unser Konto (natürlich bei der GLS). Oder setzen Sie uns gleich als Erben ein.

DEMOKRATIE BRAUCHT BÜHNEN!

UND MENSCHEN, DIE SIE BETRETEN.

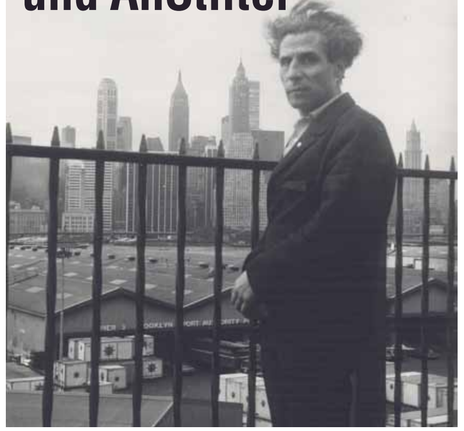
Das Theaterhaus Stuttgart steht für eine offene Gesellschaft, für Vielfalt und für die Freiheit der Kunst.

Als Ort der Begegnung, der Diskussion und der Bühne beziehen wir Haltung.

THEATERHAUS STUTTGART

EIN RAUM FÜR KULTUR | EIN RAUM FÜR VIELFALT | EIN RAUM FÜR ZIVILCOURAGE

Sozialist, Streiter für eine gerechte Welt und AnStifter



Fritz Lamm ist einer der großen Streiter einer undogmatischen Linken. Nie fand er sich mit den einengenden Vorgaben der traditionellen Parteien der politischen Linken ab, kam aufgrund seiner klaren Überzeugung immer wieder in Konflikt mit der Parteibürokratie und fand in den Hauptparteien der politischen Linken keine politische Arbeitsmöglichkeit. Er war mitten in den Auseinandersetzungen der Arbeiter*innenbewegung aktiv und hat ohne Pause und aus tiefster Überzeugung für eine bessere Welt und gegen autoritäre Formen in Sozialdemokratie und Parteikommunismus gefochten. Fritz Lamm stand für eine Linke in Bewegung und lehnte eine sozialdemokratische oder kommunistische ‚Staatslinke' ab. Der Club Voltaire, das Sozialistische Zentrum SZ, NaturFreunde, die Gewerkschaft und sein vielfältiges Engagement in der Friedensbewegung waren für ihn Orte, um seine Überzeugung in die Gesellschaft zu tragen. Dort fand er eine offene Diskussionskultur, die sich nicht gegenüber einzelnen Strömungen und Traditionen innerhalb der politischen Linken abgrenzte. Hier suchte er den Austausch, die Diskussion und durchaus auch den Streit, wenn es um die Beibehaltung einer sozialistischen Grundüberzeugung ging.

Fritz Lamm wurde 1911 als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie geboren. Ab April 1920 engagierte er sich im deutsch-jüdischen Wanderbund ‚Kameraden', in dem er sich immer mehr dem sozialistischen Flügel zuwandte. Ende 1930 trat er aus dem Wanderbund aus und wurde gleichzeitig Mitglied in der SPD, der SAJ und bei den NaturFreunden. 1931 trat er dem sozialistisch orientierten Zentralverband der Angestellten bei.

Fritz Lamm war ein unbeugsamer, überzeugter Sozialist. 1931 wurde er gleich zwei Mal aus der SPD ausgeschlossen. Ein Grund war seine Mitgliedschaft bei der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), für die zu diesem Zeitpunkt eine Nichtvereinbarkeit mit der SPD-Mitgliedschaft vorlag. Fritz Lamm wurde dann Gründungsmitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAJ) und Mitglied des Sozialistischen Jugend-Verbandes Deutschlands (SJVD).

Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 wurde er für fünf Tage von den Nazis in ‚Schutzhaft' genommen. Am 2. Januar 1934 wurde er vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" – Herstellung und Verbreitung illegaler Schriften – zu 2 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt. Seine Haftstrafe musste er im Strafgefängnis Naugard ableisten. 1936 gelang Fritz Lamm seine Flucht in die Schweiz. Dort wurde er von den Schweizer Behörden verhaftet und nach Österreich abgeschoben. Von Österreich aus gelang ihm die Flucht in die Tschechoslowakei.

1938 kam Lamm nach Paris und arbeitete für die Sozialistische Arbeiterpartei. Dort wurde er verhaftet und saß sechs Wochen im Pariser Zentralgefängnis und später als „feindlichen Ausländer" im Lager Vernet d'Aridge. Mit gefälschten Ausreisepapieren konnte er im März 1942 nach Kuba emigrieren. Erst 1948 konnte Fritz Lamm nach Deutschland zurückkehren. Hier arbeitete er bis zu seiner Rente als Angestellter bei der Stuttgarter Zeitung und wurde dort Betriebsratsvorsitzender. Er wurde in der IG Druck und Papier und der SPD, in die er 1948 wieder eintreten konnte, aktiv. Fritz Lamm vertrat bis zu seinem Tod immer linkssozialistische Positionen. Deshalb wurde er 1963 wieder aus der SPD ausgeschlossen. Der überzeugte Atheist war auch Mitglied bei den Stuttgarter Freidenkern, war aktiv er in der Anti-Atomtod-Bewegung und der späteren Ostermarschbewegung und im 1969 gegründeten Sozialistischen Büro.

Fritz Lamm war ein Sozialist der Tat. Er wollte die Gesellschaft verändern, Menschen für die Schaffung einer gerechten Gesellschaft werben und zur Befähigung des Menschen als kritischen, selbst denkenden politischen Linken, ohne dogmatische Vorgaben, beitragen.



Der jüdische Flüchtling Fritz Lamm strandete vor 90 Jahren in Stuttgart:

Wie sie werden könnte, diese Erde ...

Davon hat Fritz Lamm, 1911 in Stettin geboren, zeitlebens klug und kämpferisch gepredigt - mit Wortwitz und Überzeugungskraft, auch wenn er seinen Jugendtraum, Rabbi zu werden, nur indirekt wahrmachen konnte. Er hat nicht nur geschwatzt, sondern angepackt: Praktische Solidarität mit Deserteuren aus der Fremdenlegion, mit Flüchtlingen aus Algerien, Brot und Arbeit, Bett und eine warme Decke für die Nacht.

Der Sohn einer jüdischen Kaufmanns-familie wurde im antizionistischen jüdischen Jugendbund "Kameraden" groß und ging mit 18 Jahren zur Sozialistischen Arbeiterjugend und der SPD. 1931 wurde er aus beiden Organisationen ausgeschlossen. Mit Willy Brandt und Walter Fabian gründete er dann die Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Nach der Machtübergabe an die Nazis war Lamm als Sozialist, Jude und Homosexueller besonders gefährdet: Die erste Verhaftung im Februar 1933, nach dem Reichstagsbrand, die zweite am 3. Mai 1933, mit schwerer Folter, an der er zeitlebens litt. Vor 90 Jahren, am 21. April 1936 kam er mit Hilfe der SAP nach Stuttgart, die von hier über ein gut funktionierendes illegales Netz Verfolgte und Flüchtlinge wie ihn mit gefälschten Papieren ausstattete und nächtens über den Bodensee in die Schweiz brachte. Lamm hatte Glück - er wurde von der Schweizer Polizei erwischt, aber nicht wie viele andere mittellose Flüchtlinge nach Nazi-Deutschland, sondern nach Österreich abgeschoben. Er ging nach Prag, um aus dem Exil Solidarität für die Nazi-verfolgten zu organisieren; dann gelingt von Prag aus Flucht nach Frankreich. Er wurde interniert und konnte 1941 abermals fliehen - diesmal aus dem Pyrenäenlager Camp du Vernet. Über Casablanca entkam er nach Kuba und kehrte 1948 nach Stuttgart zurück.

Er wurde Betriebsratsvorsitzender bei der Stuttgarter Zeitung, organisierte einen „wilden" Streik der Drucker gegen die Notstandsgesetze und half dem SDS aus finanziellen und ideologischen Klemmen. Die Stuttgarter KP verfasste für die Stasi Dossiers über ihn, Reisen in die DDR waren deshalb kaum möglich. Lamm war bundesweit unterwegs, in Stuttgart wirkte er vor allem bei der undogmatischen Linken, dem SZ/SB, im Club Voltaire, bei Gewerkschaften, Naturfreunden, Falken und Freidenkern bis zu seinem Tod 1977. Michael Benz hat dem unbequemen Streiter, Juden und Emigranten eine 552 Seiten starke Biografie gewidmet.

40 Jahre nach seinem Tod, an seine Träume, Utopien und an seine Arbeit erinnert werden. *Peter Grohmann*

Im Deutschen Exilarchiv liegt ein Teil seines Nachlasses. http://www.dnb.de

50. Todestag von Fritz Lamm am 15.3.2027: »Wie sie werden könnte, diese Erde«, wird eine Tagung diskutieren, zu der wir die kritische Öffentlichkeit am Sa, 13. 3. 2027 ins Theaterhaus einladen.

https://www.fes.de/news/fritz-lamm-sozialismus-als-heimat
https://www.copernico.eu/de/themenbeitraege/ein-tagebuch-als-begleiter-auf-der-flucht-1936
https://diaspora.juedische-geschichte-online.net/beitrag/boeckmann-kuba

»...Politik muss gelebt und weitererzählt werden. Emanzipation und politische Bildung werden nicht gelingen, wenn die Systemfrage ausgeklammert bleibt. Und wir brauchen Mut und Ausdauer, die Welt neu zu denken – und Geduld, um Widersprüche auszuhalten.« *Fritz Lamm, 1974*

Infos: peter-grohmann@die-anstifter.de



»Menschenrechte und Demokratie sind Errungenschaften unserer kulturellen Entwicklung, die nicht selbstverständlich sind. Sie brauchen Menschen, die sie im täglichen Miteinander leben. Unsere Landesverfassung und das Schulgesetz geben der Schule den Auftrag, junge Menschen zu mündigen, demokratisch denkenden Bürgern zu erziehen. Das ist mir wichtig, weil Demokratie davon lebt, dass Menschen selbst denken und Verantwortung übernehmen. Was die Schülerinnen und Schüler denken, entscheiden sie selbst. Ich möchte jedoch, dass sie genau hinschauen, sich ein Urteil bilden können und den Mut haben, dazu zu stehen.«

Katarina Speck
Studiendirektorin, Abteilungsleitung Johannes-Gutenberg-Schule Stuttgart



Hape Kerkelings

Rechtsaußen ist kein Weg.

„Wir dulden keinen Faschismus in Deutschland – und wir dulden auch nicht dessen Beginn.“

Am 1. Oktober 2026 sprach Hape Kerkeling im Thüringer Landtag über ein mögliches AfD-Verbotsverfahren, die Geschichte seiner Familie und die Verantwortung der Politik. Die AnStifter dokumentieren diese Rede.



Sehr geehrte Abgeordnete,
ich spreche heute nicht als Experte für Verfassungsrecht, sondern als Nachfahre eines Opfers des Nationalsozialismus. Ich stehe ausgerechnet in Thüringen vor Ihnen. In diesem Land trat 1930 der erste NSDAP-Innenminister eines deutschen Bundeslandes sein Amt an – lange vor 1933. Wenige Kilometer von hier liegt Buchenwald. Dieses Land hat am eigenen Leib erfahren, wie eine

Demokratie sich selbst abschafft, wenn genügend Menschen wegschauen. Und heute stuft der Thüringer Verfassungsschutz den hiesigen AfD-Landesverband seit März 2021 als „rechtsextrem“ ein – eine Einstufung, die das Thüringer Oberverwaltungsgericht 2024 ausdrücklich bestätigt hat.

Das ist keine Kabarettnummer. Das ist geprüfte Rechtslage. Ich konzentriere mich heute auf einen einzigen Aspekt: den Umgang dieser Partei mit der deutschen Geschichte. Denn allein ihre beschönigende Haltung gegenüber der NS-Diktatur macht sie in meinen Augen verfassungswidrig.

Angst, Lügen und Hass waren die Zutaten der nationalsozialistischen Ideologie – und sie sind es heute für die Marschrichtung dieser rechtsextremen Partei. Eine Partei, die ihre Existenz aus der Schürung von Hass gegen Minderheiten speist, hat in unserem Land mit seiner grauenvollen

Geschichte keinen Platz.

Wer die Verbrechen von 1933 bis 1945 relativiert, verharmlost oder bagatellisiert, verlässt den Boden des Grundgesetzes. Einer verbrecherischen Bande ist Deutschland damals aufgesessen; es gibt im Rückblick nichts, absolut gar nichts, worauf man stolz sein könnte. Deutsch sein hieß und heißt immer, europäisch zu sein.

Unser Grundgesetz ist nicht das Produkt von Deutschtümelei, sondern das Vermächtnis und die zum Gesetz gereifte Erinnerung an die Gräueltaten der Nationalsozialisten. Es ist unmissverständlich: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wer Menschen gezielt verängstigt – ob mit Behinderung, anderem Glauben, anderer Hautfarbe, queer oder transgender – verletzt diese Würde.

Damit schließt sich der Kreis zu den drei Sätzen, die für die Zukunft unseres Landes feststehen müssen:

01 - Erstens: Das Grundgesetz ist antifaschistisch, weil es die institutionalisierte Lehre aus den Morden und dem Terror des NS-Regimes ist.

02 - Zweitens: Wer die verbrecherische Vergangenheit dieses Landes verharmlost und umdichtet, verwirkt jede politische Daseinsberechtigung in unserer Demokratie.

03 - Und drittens – und das ist der Satz, den ich mir am meisten wünsche, dass Sie ihn heute Abend mit nach Hause nehmen: Wer nicht verantwortungsvoll mit der Geschichte umgeht, darf niemals Verantwortung für die Zukunft Deutschlands übernehmen. Die Verharmlosung des Dritten Reiches disqualifiziert für Staatsämter – und deshalb disqualifiziert sie auch für jede Mitwirkung in unserer Demokratie überhaupt.

Nutzen Sie, liebe Abgeordnete, Ihre Stimme den Einfluss der Landesregierung im Bundesrat, um dieses Verfahren endlich anzustoßen. Ausgerechnet von hier, aus dem Land, in dem die Geschichte ihre bittersten Lehren erteilt hat, muss dieses Signal kommen. Und es muss über Fraktionsgrenzen hinweg kommen, denn die Verteidigung des Grundgesetzes ist keine Frage von links oder rechts, von Regierung oder Opposition – sie ist die gemeinsame Hausaufgabe eines jeden, der hier auf diesen Bänken sitzt. Wer schweigt, wenn die Demokratie angegriffen wird, hat sich schon für eine Seite entschieden – auch wenn er glaubt, neutral geblieben zu sein.Wer Rechtspopulisten wählt, wählt nicht Protest. Er ruiniert wissentlich seine eigene Zukunft und die seiner Kinder. Wer Extremisten wählt, übt keinen legitimen Protest, sondern feiert die Kapitulation der Fakten vor der Lautstärke.

Das Versprechen unseres Staates lautet: Wir dulden keinen Faschismus in Deutschland – und wir dulden auch nicht dessen Beginn. Das ist besser für Deutschland, für Europa und für die Völker der Welt.

Ich stelle mir einen Tag vor, an dem Angehörige aller Minderheiten in diesem Land gleichberechtigt nebeneinander leben können, ohne dass einer von ihnen Angst haben muss, nur weil er lebt. anders aussieht oder anders glaubt. Diesen Tag bauen wir nicht mit Schweigen. Wir bauen ihn mit einer Unterschrift, einem Antrag, einem Mut, der heute beginnt. Verantwortung für die Zukunft Deutschlands kann nur übernehmen, wer ehrlich und verantwortungsvoll mit der Vergangenheit umgeht.

Vielen Dank, **Hape Kerkeling**



An die Nachgeborenen

Wirklich, ich lebe in finsteren Zeiten!
Das arglose Wort ist töricht. Eine glatte Stirn
Deutet auf Unempfindlichkeit hin. Der Lachende
Hat die furchtbare Nachricht
Nur noch nicht empfangen.

Was sind das für Zeiten, wo
Ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist
Weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt!
Der dort ruhig über die Straße geht
Ist wohl nicht mehr erreichbar für seine Freunde
Die in Not sind?

Es ist wahr: ich verdiene noch meinen Unterhalt
Aber glaubt mir: das ist nur ein Zufall. Nichts
Von dem, was ich tue, berechtigt mich dazu, mich satt zu essen.
Zufällig bin ich verschont. (Wenn mein Glück aussetzt
Bin ich verloren.)

Man sagt mir: iß und trink du! Sei froh, daß du hast!
Aber wie kann ich essen und trinken, wenn
Ich es dem Hungernden entreiße, was ich esse, und
Mein Glas Wasser einem Verdurstenden fehlt?
Und doch esse und trinke ich.

Ich wäre gerne auch weise
In den alten Büchern steht, was weise ist:
Sich aus dem Streit der Welt halten und die kurze Zeit
Ohne Furcht verbringen
Auch ohne Gewalt auskommen
Böses mit Gutem vergelten
Seine Wünsche nicht erfüllen, sondern vergessen
Gilt für weise.
Alles das kann ich nicht:
Wirklich, ich lebe in finsteren Zeiten!

In die Städte kam ich zu der Zeit der Unordnung
Als da Hunger herrschte.
Unter die Menschen kam ich zu der Zeit des Aufruhrs
Und ich empörte mich mit ihnen.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.

Mein Essen aß ich zwischen den Schlachten
Schlafen legt ich mich unter die Mörder
Der Liebe pflegte ich achtlos
Und die Natur sah ich ohne Geduld.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.

Die Straßen führten in den Sumpf zu meiner Zeit
Die Sprache verriet mich dem Schlächter
Ich vermochte nur wenig. Aber die Herrschenden
Saßen ohne mich sicherer, das hoffte ich.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.

Die Kräfte waren gering. Das Ziel
Lag in großer Ferne
Es war deutlich sichtbar, wenn auch für mich
Kaum zu erreichen.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.

Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut
In der wir untergegangen sind
Gedenkt
Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht
Auch der finsteren Zeit
Der ihr entronnen seid.

Gingen wir doch, öfter als die Schuhe die Länder wechselnd
Durch die Kriege der Klassen, verzweifelt
Wenn da nur Unrecht war und keine Empörung.

Dabei wissen wir ja:
Auch der Haß gegen die Niedrigkeit
Verzerrt die Züge.
Auch der Zorn über das Unrecht
Macht die Stimme heiser. Ach, wir
Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit
Konnten selber nicht freundlich sein.

Ihr aber, wenn es soweit sein wird
Daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist
Gedenkt unsrer
Mit Nachsicht.

Bertolt Brecht (* 10.02.1898, Augsburg, † 14.08.1956, Berlin)

Das Gedicht 'An die Nachgeborenen' von Bertolt Brecht ist einer der wichtigsten Texte der deutschen Exilliteratur. Es gehört zum Zyklus der Svendborger Gedichte.und entstand zwischen 1934 und 1938.

Gewerkschaften, Freiheit und Demokratie

Von den Kämpfen der Vergangenheit zu den Herausforderungen der Gegenwart – in Baden-Württemberg und darüber hinaus

Seit mehr als 150 Jahren kämpfen Gewerkschaften für die Rechte der arbeitenden Menschen. Was heute selbstverständlich erscheint, war lange Zeit keineswegs so: Achtstundentag, Tarifverträge, Betriebsräte, Mitbestimmung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und das Recht, gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen zu streiken. All das ist nicht vom Himmel gefallen. Es wurde erkämpft, oft gegen erbitterten Widerstand, unter Einsatz von Gesundheit, Existenz und manchmal sogar des eigenen Lebens.

Gewerkschaftliche Erfolge sind deshalb immer auch Geschichten von Mut, Solidarität und demokratischer Selbstbehauptung. Sie erzählen davon, wie Menschen gelernt haben, sich nicht länger als Einzelne gegeneinander ausspielen zu lassen, sondern gemeinsam für ihre Interessen einzustehen. Das gilt für die großen Industriebetriebe Baden-Württembergs ebenso wie für den öffentlichen Dienst, für Krankenhäuser, Schulen, den Einzelhandel, die Logistik oder die vielen kleinen Betriebe, in denen Beschäftigte täglich ihre Arbeit leisten: Schaffe, schaffe, Häusle bauen...

Die Geschichte der Gewerkschaften ist die Geschichte von Millionen Menschen, die sich nicht mit dem zufrieden geben wollten, was ihnen zugestanden wurde. Und sie handelt von einer einfachen Erkenntnis: Demokratie endet nicht am Werkstor.

Solidarität ist keine Folklore!

Gewerkschaften sind Interessenvertretungen. Sie verhandeln über Löhne, Arbeitszeiten, Urlaub, Sicherheit am Arbeitsplatz und soziale Absicherung. Sie sind Schulen der Demokratie, Orte gemeinsamer Erfahrung und Organisation. Hier lernen Menschen, ihre Interessen zu formulieren, Mehrheiten zu bilden, Kompromisse auszuhandeln und sich gegen mächtige Gegner durchzusetzen.

Das funktioniert allerdings nur, wenn Solidarität nicht bloß auf dem Papier steht. Eine Gewerkschaftsbewegung, die sich spalten lässt, wird schwächer. Eine Belegschaft, die Beschäftigte nach Herkunft, Religion, Geschlecht oder Weltanschauung auseinanderdividiert, macht sich erpressbar. Wer die Kollegin aus dem Ausland zum Problem erklärt, während der Arbeitgeber die Löhne drückt, hat den falschen Gegner gefunden.

Die Geschichte der Gewerkschaften ist auch eine Geschichte der Auseinandersetzung mit Krieg, Nationalismus und autoritären Herrschaftsansprüchen. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben sich für Frieden, Menschenrechte, für Demokratie und Völkerverständigung eingesetzt. Dabei waren die Gewerkschaften keineswegs immer frei von Irrtümern, nationalen Vorurteilen oder politischen Widersprüchen. Gerade deshalb bleibt die Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte wichtig.

Der 2. Mai 1933: Als die Demokratie am Werkstor zerschlagen wurde

Vor mehr als 90 Jahren, am 2. Mai 1933, stürmten die Nationalsozialisten die Häuser der freien Gewerkschaften. In Stuttgart wurde das heutige Willi-Bleicher-Haus gestürmt. „Im ganzen Reich“ besetzten SA und SS die Büros der freien Gewerkschaften, beschlagnahmten Vermögen und Unterlagen, misshandelten Funktionäre und verhafteten Gewerkschafter. Die unabhängigen Gewerkschaften wurden zerschlagen und durch die nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront ersetzt. Die Beschäftigten verloren ihre Interessenvertretung; die Organisationen, die über Jahrzehnte gewachsen waren, wurden gewaltsam beseitigt. Doch das kam nicht aus heiterem Himmel. Die Nationalsozialisten hatten gesagt, was sie vorhatten. Sie hatten vorher und immer schon – wie heute - die demokratische Ordnung angegriffen, politische Gegner verfolgt und die Grundlagen des Rechtsstaates ausgehöhlt.

Die Folgen waren brutal

Für uns gehört diese Geschichte zum politischen Gedächtnis. Die Gewerkschaftshäuser, die Versammlungen, die Streiks und die Organisation der Beschäftigten waren Teil jener demokratischen Gegenkräfte, die der Nationalsozialismus ausschalten wollte. Die Erinnerung daran ist mehr als ein historischer Rückblick. Sie ist eine Mahnung, demokratische Rechte nicht für unverwüstlich zu halten. Die Lehre lautet: Demokratische Institutionen können zerstört werden ,wenn ihre Gegner entschlossen handeln und ihre Verteidiger zu spät reagieren, sich untereinander zerstreiten oder glauben, man werde sich schon irgendwie arrangieren können...

Die Angriffe auf gewerkschaftliches Recht

Heute stehen der DGB und seine Gewerkschaften erneut vor der Aufgabe, demokratische Grundwerte in der Gesellschaft und der Arbeitswelt zu verteidigen. Rechtsextreme, rassistische und nationalistische Positionen finden Zustimmung. Auch im Betrieb bleiben die Menschen davon nicht unberührt. Sie begegnen Leuten mit unterschiedlichen Erfahrungen, Hoffnungen und politischen Überzeugungen. Konflikte über Migration, soziale Sicherheit, wirtschaftlichen Wandel und die Zukunft der Arbeit werden ja eben auch am Arbeitsplatz ausgetragen. Reden wir mal über die AfD?

Die AfD und andere Rechtsextremisten sprechen durchaus soziale Fragen an. Doch entscheidend ist, welche Antworten sie geben und welche Konsequenzen ihre politischen Forderungen für die Beschäftigten hätten. Die Behauptung, man vertrete die Interessen der sogenannten einfachen Leute, ersetzt keine Prüfung der konkreten Politik. Der Rechtsextremismus spielt Beschäftigte gegeneinander aus. Minderheiten werden abgewertet, Gleichberechtigung wird infrage gestellt, um die unabhängige Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schwächen. Offen stellen Rechtsextremisten Mindestlöhne und Streikrecht in Frage, genauso die Tarifbindung und die Frage, ob öffentliche Aufträge an die Einhaltung tariflicher Standards gebunden werden sollen.

Streikrecht nur auf dem Papier?

Diese Fragen entscheiden mit darüber, wie viel Verhandlungsmacht Beschäftigte tatsächlich besitzen. Ein Streikrecht, das nur auf dem Papier steht, hilft wenig. Ein Tarifvertrag, an den sich niemand halten muss, schützt niemanden. Und wenn öffentliche Gelder an Unternehmen fließen, die Lohn- und Arbeitsstandards unterlaufen, geraten diejenigen unter Druck, die sich an tarifliche Vereinbarungen halten. Deshalb muss über die fatalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen politischer Programme gesprochen werden – konkret, nachvollziehbar und ohne falsche Versprechungen. Gewerkschaften fragen also immer auch: Wer profitiert? Wer trägt die Kosten? Wer bekommt mehr Rechte, und wer verliert Einfluss.

Wer die Demokratie verteidigen will, muss die sozialen Konflikte ernst nehmen, aus denen sich politische Unzufriedenheit speist. Und? Das heisst?

Mitbestimmung stärkt Demokratie – auch im Alltag

Beschäftigte, die im Betrieb demokratische Beteiligung und Mitbestimmung erleben, berichten häufiger von eigener Handlungsfähigkeit. Es gibt einen Zusammenhang zwischen positiven Beteiligungserfahrungen und einer geringeren Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen. Die Erfahrung, gemeinsam etwas verändern zu können, verändert den Blick auf die Gesellschaft. Wer erlebt, dass die eigene Stimme zählt, dass Argumente geprüft werden und dass sich gemeinsames Handeln lohnt, gewinnt Vertrauen in die eigene Wirksamkeit. Natürlich macht eine Gewerkschaftsmitgliedschaft niemanden automatisch immun gegen Rassismus oder autoritäres Denken. Auch deshalb engagiert sich der DGB im landesweiten „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“.

Die gute Nachricht der Betriebsratswahlen vom Frühjahr 2026 lautet: Die DGB-Gewerkschaften wurden von den Beschäftigten gewählt und mit einem starken Mandat ausgestattet. Rechtsextremisten spielten in der Breite der Betriebe keine Rolle. Daran gilt es anzuknüpfen; demokratische Bildungsarbeit muss aufgewertet werden. Sie muss in Betriebsversammlungen, bei Vertrauensleuten, in der Ausbildung und in den alltäglichen Gesprächen stattfinden – und in der Öffentlichkeit, sogar und erst Recht bei einer FriedensGala, die in Stuttgart jedes Jahr Menschen auszeichnet, die sich „in besonderer Weise für Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit“ engagieren.

Demokratie braucht Übung

Anna Ohnweiler etwa und die Omas gegen Rechts, die 2026 mit dem FriedensPreis ausgezeichnet werden, haben die Übung – und eine meist umfangreiche Lebenserfahrung. Aber auch die neue Generation von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gibt Anlass zur Hoffnung. In vielen Betrieben engagieren sich jüngere Beschäftigte, organisieren sich gewerkschaftlich, kandidieren für Betriebs- oder Personalräte, organisieren Kundgebungen gegen Rechts, sind aktiv in Tarifbewegungen. Sie erleben, wie viel Vorbereitung, Ausdauer und Zusammenhalt nötig sind, um Verbesserungen durchzusetzen. Sie erfahren, dass Solidarität im Alltag immer konkret hergestellt werden kann. Und sie braucht Orte, an denen Menschen sie tatsächlich erleben können – im Arbeitsleben, in der Freizeit, in der Kultur des Alltags und Abends z.B. im Theaterhaus.

DGB
Deutscher Gewerkschaftsbund
Baden-Württemberg



Foto: Jochen Staiger/swr4

NICHT
FÜR JEDE*N
ABER
FÜR ALLE

taz.de

Wir glauben an die Wichtigkeit von freiem Zugang
zu Informationen und linkem Journalismus –
unbestechlich, unbequem, unabhängig. Deshalb
stellen wir all unsere Inhalte paywallfrei auf **taz.de**

taz

Zwiespältig

Ulrike Quast

Wieder quietschten die Bremsen. Ruckartig kam der Zug zum Stehen. Stimmengewirr im Abteil. Eine bemüht freundliche Ansage aus dem Lautsprecher: Man solle Geduld haben.

Geduld, hallte es in ihr wider. Sie blickte auf die Uhr. Den Bus zur Schiffsanlegestelle konnte sie vergessen. Wenn er pünktlich war, fuhr er jeden Moment los. Der letzte Bus für heute.

Ausgerechnet dieses Mal hatte sie ihre Schwimmweste nicht dabei. Sie unterdrückte ein hysterisches Lachen, das aus ihr herauszuplatzen drohte.

Wäre sie doch früher … Taxi, schoss es ihr durch den Kopf. Fieberhaft drückte sie auf das Handy. Verdammt, kein Netz. Ob es in diesem verlassenen Nest überhaupt Taxis gab?

Nach einer gefühlten Ewigkeit setzte sich der Zug wieder in Bewegung, bis er nach kurzer Zeit in die Station einfuhr.

In der Bahnhofshalle schubsten sich die Passagiere den Weg frei und drängten zum Ausgang.

Den Gepäck-Trolley im Schlepptau erreichte sie den Stationsvorplatz in rekordverdächtigem Tempo und schaute sich um. Kein Bus in Sicht. Auch kein Taxi. Verzweifelt fragte sie einen Zigarette rauchenden Mann, ob es in dem Dorf eine Pension gebe, sie habe den letzten Bus verpasst.

Der Mann blies eine Rauchwolke aus, die ihr unangenehm in die Nase stieg, und schüttelte den Kopf.

„Wohinwoll'nSiedenn?“,fragteer.

Stakkatoartig erwiderte sie, dass sie die letzte Fähre erreichen müsse.

Er könne sie fahren. Zeit habe er. Seine Verabredung sei geplatzt.

„Odin der Zweite steht da drüben.“ Mit einem Anflug von Stolz wies er auf seinen Mercedes-Oldtimer im Camouflage-Design, der auf der gegenüberliegenden Straßenseite parkte.

Unschlüssig musterte sie den Fremden. Der Mann war etwa zwei Meter groß und erschien ihr tonnenschwer. Er hatte sich in einen Jogginganzug gezwängt, der offenkundig schlankere Zeiten seines Trägers erlebt hatte, und trug verschlissene Adidas-Turnschuhe. Sein Blick strahlte eine gewisse Bauernschläue aus. Zweifelsohne, wenn dieser Hüne etwas Arglistiges mit ihr im Schilde führte, hätte sie nicht die geringste Chance.

„Na, woll'n Sie nun? Wir haben …“, Er warf einen Blick auf sein Handy. „Keine Viertelstunde für fast fünfzehn Kilometer.“

Offenbar kannte er die Abfahrtzeit der Fähre.

Sollte sie sein Angebot annehmen? Im Grunde hatte sie keine Wahl.

Während der Fahrt hämmerte Musik von einer CD. Archaische Männerstimmen, begleitet von röhrenden Gitarren, deren Sound ihr wie das Gebrüll von Düsenjägern bis in jede Nervenzelle drang.

„Keine Sorge, wir schaffen das schon“, schrie der Fahrer, als er ihr verzerrtes Gesicht im Rückspiegel sah.

Sie stieß einen tiefen Atemzug aus und taxierte seinen breiten Nacken, dann seinen Hals. Im Halsumdrehen, schoss es ihr durch den Kopf, als sein Tattoo ihr ins Auge stach. Heißt es nicht ‚im Handumdrehen?‘, überlegte sie, ihren Blick in seinen Nacken bohrend.

Was für einen grässlichen Vogel hatte er sich da nur eintätowieren lassen? Irgendwie glich er einem gerupften Huhn, das sich beim näheren Hinschauen als ein Adler entpuppte. Ein Adler, der einem Reichsadler verblüffend ähnlich sah, nur dass er im Sturzflug hatte Federn lassen müssen.

„Wir schaffen das schon“, wiederholte der Stiernacken.

Wie zur Bestätigung nickte sie nun, genau wie der Wackelhund, der auf dem Armaturenbrett befestigt war. Ein grinsender Dackel mit Goldkettchen. An dem Schmuckstück pendelte – ein winziges Hakenkreuz.

Anhalten!, wollte sie schreien, aber das Wort blieb ihr im Hals stecken.

Blitzschnell erwog sie ihre Aussichten: Politischer Appell. Aussteigen. Obdachlos mitten im Nirgendwo. Sie warf zuerst dem Wackelhund und dann seinem offenbar rechtsextremen Herrchen einen wütenden Blick zu.

Letzterer hupte laut und überholte – scheinbar getreu seiner Gesinnung – rechts einen LKW, der mit rasanter Geschwindigkeit und die mittige Fahrstreifenbegrenzung überfahrend die holprige Landstraße entlangdonnerte.

Eines war unbestreitbar: Rechtsaußen war Verbotszone. Ausnahmslos.

Wenn es nach ihr ginge, gäbe es ohnehin in diesem Land grundsätzlich Linksverkehr. Alle führen links, so wie in Irland, wo sie letztes Jahr den Urlaub verbracht hatte. Dummerweise war sie – die Verkehrsregel missachtend – in ein entgegenkommendes Fahrzeug gekracht.

Totalschaden.

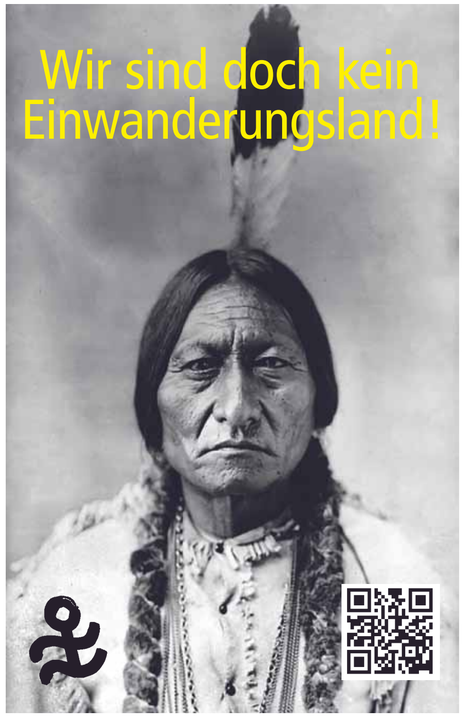
„Da sind wir schon“, tönte der Fahrer triumphierend. Er wälzte sich verblüffend schnell aus dem Auto und hatte im nächsten Moment ihren Koffer in der Hand.

Sie kramte in ihrer Handtasche und reichte ihm einen Fünfzig-Euro-Schein: „Stimmt so.“

Über sein breites Gesicht strahlend, wies er das Geld zurück. „Nee, passt schon. Da haben Sie ja noch mal Glück gehabt.“

„Ja, Glück“, entgegnete sie. Das Dankeschön klang wie das Kratzen einer stumpfen Säge.

Entschieden drückte sie ihm die fünfzig Euro in die Hand, griff nach dem Koffer und stürmte zur Fähranlegestelle.



Als sie am Heck des Schiffes stand und zurück zum Festland schaute, ging ihr durch den Kopf, dass das Glück etwas Relatives war. Das ihre war gerade daran gebunden, dass sie ein Reichsadler-Tattoo und ein Hakenkreuzsymbol kommentarlos hingenommen hatte.

Sie hob dann aber doch einmal kurz die Hand und winkte, als der Retter in der Not heftig mit den Armen gestikulierend vom Kai aus ihrem Schiff nachblickte.

(erschienen in MATRIX - Zeitschrift für Literatur und Kunst, 2025

Dr. Ulrike Quast, Autorin, Musikerin und Pädagogin aus Dresden, studierte Russisch/Englisch Erwachsenenbildung, promovierte in Psychologie, veröffentlicht pädagogisch-psychologische Fachliteratur, Kurzgeschichten und Romane

Die Zivilgesellschaft lernt wieder lesen

Buchempfehlungen

vom Team der AnStifter-Buchhandlung
'Haus des Buches', Epplestraße 19, Stuttgart-Degerloch

Susanne Siegert: Gedanken neu denken (Piper Verlag) / Nicht nur uns ist die junge Autorin ein hoffnungsvolles Beispiel dafür, wie dem Rechtsruck etwas entgegengesetzt werden kann. Siegert richtet den Blick auf elementare Zusammenhänge, die zum Erstarken des Rechtspopulismus beigetragen haben und im öffentlichen Diskurs allzu oft vernachlässigt werden. Mit harten Fakten und einer präzisen, zugleich nahbaren Quellenanalyse entkräftet sie zahlreiche Allgemeinplätze. Sie regt dazu an, unsere Erinnerungskultur neu zu bewerten und gewohnte Perspektiven zu hinterfragen. Ihr Buch sollte – gerade angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen – einen festen Platz im Schulunterricht finden. Ein Titel für den aktuellen Kanon gegen Faschismus. Lesen. Bitte.

Eva von Redecker: Dieser Drang nach Härte (S. Fischer) / In gegenwärtigen Zeiten stehen wir bei der Benennung rechter autoritärer Strömungen vor einem Dilemma: Ist das hier alles schon Faschismus, kann die historische Idee hier herhalten? Oder verneinen wir, was nicht eins zu eins deckungsgleich ist – und diagnostizieren zur Sicherheit erst einmal später, am besten, wenn schon alles zu spät ist? Philosophin Eva von Redecker führt den Begriff des Faschismus in die Gegenwart und konstatiert: Autoritäre fordern etwas zurück, was ihnen eigentlich nie gehörte. Ein Hauptkonzept ist hier Phantombesitz, ein Wort, das auch an den dazugehörigen ‘Schmerz’ erinnern mag, den Menschen, die lautstark den Rückbau bestimmter Menschenrechte fordern, oft an den Tag zu legen scheinen. Rechtes Ideengut sieht sich in einem Verteidigungszustand gegen Gruppen, die plötzlich nicht mehr Menschen, sondern Diebe sein sollen. Denn dem modernen Faschismus geht es um Eigentum, dem Rausch an der eigenen, (angeblichen), Besitzgeschichte.

Johannes Hartwig: Scherbenhelden (Gerstenberg) / Augen zu. Augen auf. Wir befinden uns im Leipziger Stadtparks im August 1995. Von allen Richtungen dröhnt der unterschiedlichste Sound aus den Kassettenrekordern. Nico ist die Hauptfigur von „Scherbenhelden“, dem zweiten Jugendroman des Leipziger Schriftstellers und Paul- Maar-Preisträgers Johannes Hartwig. Seit Nico bei einer wilden Verfolgungsjagd eine Gruppe Punks vor einem Kaufhausdetektiv in Sicherheit gebracht hat, ist er ein gern gesehenes Mitglied dieser wilden Runde. Doch die Idylle trügt: Noch vor ein paar Stunden gab es eine ordentliche Klatsche mit Neonazis und jeder hat ein paar Federn lassen müssen. Mit „Scherbenhelden“ ist es dem jungen Autor gelungen, die komplexe Realität eines Heranwachsenden und seine unmittelbare Lebenswirklichkeit greifbar und in allen Farb- und Grautönen authentisch abzulichten. Ein mitreißend geschriebener Generationsroman und ein unbeschönigter Erlebnisbericht über die Irrung & Wirrungen der Jugend. Johannes Hartwig besichtigt die Verbitterung der Wendejahre. Die Mauer ist abgetragen und das Beton, dass eine gemeinsame Nation in zwei Länder aufgespaltet hat, verschwindet jetzt bröckchenweise in Abertausenden Hosentaschen. Überall blüht die Arbeitslosigkeit anstelle der versprochenen Landschaften. Der Roman erklärt auf empfindsame Weise den Rechtsradikalismus der Wendegenerationen.

Peter Kammerer, Ekkehart Krippendorff, Wolf-Dieter Narr: Franz von Assisi – Einfachheit leben (Patmos) / Der Zeitgenosse für eine andere Politik ragt mit seiner Botschaft zum einsam aus seiner Zeit heraus,verbreitet eine neue Lebenspraxis, die eine extreme Möglichkeit des Menschseins erkundet. Er findet er neue Lebensregeln, versucht die Versöhnung mit der Natur, hinterfragt die herrschende Vernunft in naiv-radikaler Weise. Die Autoren gehen den Möglichkeiten eines anderen Lebens nach, die sich von Franziskus her erschließen. Diese geben in überraschender Weise Orientierung und Inspiration für heutiges gesellschaftliches und politisches Handeln. (nur noch antiquarisch)

Hermynia Zur Mühlen: Unsere Töchter, die Nazinen (Peter Grohmann Verlag Nachfolger) / Die „rote Gräfin“ Hermynia Zur Mühlen (1883 – 1951) war lange Zeit vergessen und verkannt. Eines ihrer großartigsten Bücher ist der Anti-Nazi-Roman „Unsere Töchter, die Nazinen“, geschrieben 1933 in Wien. Aus der Sicht von drei Müttern – eine Arbeiterin, einer Bürgerlichen und einer Adligen – erleben die Leser hautnah die Ereignisse seit Januar 1933: die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, Reichstagsbrand, erste KZ's, Boykott jüdischer Geschäfte, Bücherverbrennungen vom 10. Mai. Und aus der Sicht der drei Mütter wird geschildert, wie deren Töchter in den Strudel der Ereignisse, in den Sog der nationalsozialistischen Bewegung geraten – wie sie zu „Nazinen“ werden: Ein fesselndes Buch, das durch die raffinierte, einmalige Erzählstruktur frisch und lebendig geblieben ist und vor dem Hintergrund eines neuen, erstarkenden Rechtsextremismus an unheimlicher Aktualität gewonnen hat

Alex Wheatle: Home Girl (Antje Kunstmann Verlag) / Home Girl ist nicht nur ein kraftvolles „Kopfhochweitermachbuch“ und mein aufwühlendes Jugendliteraturerlebnis aus den Sommertagen dieses Jahres. Die schwungvolle Story wird von der Gedankenwelt eines eigenwilligen 14-jährigen Mädchens und deren komplizierten Lebensalltag getragen, das in den Kulissen der Londoner Vororte seinen erzählerischen Mittelpunkt innehat. Naomi ist unverbesserlich neunmalklug, katastrophal abenteuerlustig, darüber hinaus mit ihrem launischen Gemüt auch noch absolut nervtötend. Und damit für alle Pflegefamilien weit und breit, zu denen die Halbwaise nach dem tragischen Tod der Mutter und einer schwierigen Kindheit hin und her gereicht wird, ein zu großes Bündel an denkbar möglichen Schwierigkeiten. Doch als Naomi bei einer dunkelhäutigen Familie vorübergehend Unterschlupf findet, scheint sich das Blatt endlich zu wenden... Eine derart ehrliche und teilweise markerschütternde Erzählung sollte definitiv einen größeren und sichtbareren Logenplatz im Buchhandel unseres Planeten erhalten.

Frauen weltweit

Seit 7 Jahren verleiht die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit ihren „Anita Augspurg Preis an eine Rebellin gegen den Krieg“. 2026 ist Krieg und Kriegsvorbereitung so massiv präsent auch in unserem Land, dass sich die Mitglieder einer 111 jährigen Organisation, mit Fug und Recht als Rebellinnen gegen den Krieg verstehen wollen und müssen. Mit ihren Preisträgerinnen bringen sie dies zum Ausdruck

Wer ist oder war Anita Augspurg? Eine mutige Friedensfrau, die nicht mehr so bekannt ist, wie sie sein sollte. In dieser angespannten Weltlage hätte auch sie uns noch etwas zu sagen zum Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit.

Sie war die erste promovierte Juristin Deutschlands; sie verstand die Juristerei immer auch in einem politischen Sinn, sich für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung einzusetzen. Dazu hat sie ein Leben lang für das Wahlrecht von Frauen gekämpft und nachdem dieser Schritt in Deutschland formal erkämpft war, weiterhin ihr Leben lang die tatsächliche Beteiligung von Frauen an allen Entscheidungen eingefordert.

Sie arbeitete vor Ort – lange Jahre in und um München – und war gleichzeitig bestens international vernetzt im Engagement für die Prävention von Krieg und Gewalt, für friedliche und gewaltfreie Konfliktlösung und gegen alle Formen von Unterdrückung. Sie analysierte mit vielen Frauen weltweit messerscharf die Ursachen von Kriegen und Gewalt und verankerte sie im Dreieck zwischen Militarismus, Patriarchat und Kapitalismus.

1915 gründete sie in Den Haag die Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit an führender Stelle mit, schrieb als Herausgeberin von „der Frau im Staat“ über Verteidigung von Frauenrechten und Frieden. Sie agierte gemeinsam mit Französinnen, Engländerinnen, grenzüberschreitend, gegen den aufkommenden Faschismus. Nach der Machtübernahme Hitlers setzte sie sich im Schweizer Exil noch für die Rechte von Flüchtlingen bei der Entstehung der Genfer Flüchtlingskonvention ein, konnte vor ihrem Tod nicht mehr in die Heimat zurück, sondern starb 1943 im Exil.

Welche Frauen haben den Rebellinnenpreis der IFFF inzwischen bekommen?

Die Liste an mutigen Frauen, die diesen Preis von der IFFF/WILPF bekommen haben zeichnet nach, was das Engagement einer Rebellin gegen den Krieg ausmacht: Mut, Entschiedenheit, Empathie, ein steter Kampf gegen das Vergessen und die Verbindung von lokalem und kollektiven Handeln.

Zaina Erhaim, eine junge Filmemacherin aus Syrien hat noch unter der Assaddiktatur Filme gedreht über die Situation von Frauen in der Bewältigung ihres Alltags, der Bedrohung ihrer Heimat, der Familie, der Werte. Seit sie mit ihrer kleinen Tochter nach London flüchten musste arbeitete sie kontinuierlich weiter für „War and Peace Reporter“. Sobald sie nach dem Sturz des Regimes wieder nach Syrien und in den Nahen Osten reisen konnte, bildet sie dort Frauen in der filmischen Dokumentation aus.

Gulnara Shahinian aus Armenien hat die Welt als UN Berichterstatterin für moderne Formen der Sklaverei und des Menschenhandels bereist und überall den Finger in die Wunden gelegt. Gleichzeitig hat sie sich in ihrem gebeutelten Land lokal engagiert und die Organisation Democracy today Armenia gegründet, die Trainings in der Region für junge Menschen zur friedlichen Konfliktlösung veranstaltet und internationale Frauenkonferenzen abhält. Mit großem Engagement hat sie den jüngsten Nationalen Aktionsplan für die Umsetzung der Frauen-Frieden-Sicherheitsagenda nach unendlichen Diskussionen mit zivilgesellschaftlichen Kräften und Vertriebenen verantwortlich gestaltet und widmet sich der Umsetzung.

Rasha Jarhoum aus dem Jemen hat sich gegen stereotypische Geschlechterrollen in einem extrem patriarchalen Raum gewehrt und sich eingemischt. Auch sie musste ins Exil. Sie ist Mitbegründerin des Frauen-Solidaritäts-Netzwerkes (Women Solidarity Network), ein Zusammenschluss von 250 jemenitischen Frauen und frauengeführten Organisationen, die sich für den Schutz von Frauen und die Friedensschaffung im Jemen einsetzen. Sie ist die Gründerin und Direktorin der „Peace Track Initiative“, die sich für die Lokalisierung von Friedensprozessen und die Gewährleistung von Inklusivität einsetzt.

Efi Latsoudi aus Griechenland arbeitet als Psychotherapeutin unter schwierigsten Bedingungen mit



Flüchtlingen u.a. in Lesbos. Gleichzeitig mit der schwierigen praktischen Unterstützungsarbeit vor Ort ist sie unterwegs, um auf die katastrophalen Bedingungen der Geflüchteten, die politischen Missstände einer verfehlten Migrationspolitik und der militärisch gestützten Abschiebung anzuprangern, die auf den Köpfen der Ärmsten ausgetragen wird.

Olena Zinenko ist Sprachwissenschaftlerin aus Charkiw in der Ukraine, die in Deutschland ihre Promotion abgeschlossen hat und an einer Uni unterrichtet, während sie ständige Kontakte mit der Ukraine, mit Freund*innen und Weggefährt*innen hält, deren Geschichten sie dokumentiert und auch Fake-News verfolgt. In zahlreichen Seminaren und Treffen erarbeitet sie Wege zur Alltagsbewältigung und Krisen im Umgang mit Krieg und Vertreibung.

Eine Rebellin gegen den Krieg – die Preisverleihung 2026 in Verden

Asjad Alnoo aus dem Sudan ist Menschenrechtsverteidigerin, Friedensaktivistin und Feministin aus dem Sudan. Sie träumt von einem Sudan, in dem keine Bomben mehr auf Krankenhäuser oder Schulen fallen, in dem keine Familie jeden Tag darum bangen muss, ob sie ihre Kinder ernähren kann, in dem Menschen frei wählen und selbst darüber entscheiden können, von wem sie regiert werden.

Über den Traum hinaus braucht eine Rebellin jedoch noch eine weitere Zutat: eine große Portion Mut – auch und gerade wenn es gefährlich wird. Aufgewachsen in einer politisch engagierten Familie hat sie studiert und war schon in einer Jugendorganisation engagiert und schuf Vernetzungen. Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise ab 2018 hungerten die Menschen nicht nur, sondern Menschenrechtsverletzungen nahmen dramatisch zu.

Aus zunächst lokalen Protesten gegen die wirtschaftliche Not entwickelte sich eine landesweite Freiheitsbewegung. Menschen forderten nicht nur niedrigere Preise, sondern ein Ende der Herrschaft al-Bashirs und eine demokratische Zukunft für ihr Land.

Diese Revolution war in besonderer Weise von Frauen geprägt. Sie organisierten, führten Demonstrationen an und erhoben ihre Stimmen. Und eine von ihnen war Asjad. Sie führte als junge Frau Proteste an – in einer Situation, in der politischer Widerstand lebensgefährlich war. Wer auf die Straße ging, riskierte, festgenommen, verletzt oder sogar getötet zu werden.

Für Frauen kam noch eine weitere Dimension hinzu: In einer konservativen Gesellschaft war öffentliches politisches Engagement von jungen Frauen keineswegs selbstverständlich. Frauen, die sich politisch einmischten, überschritten damit bewusst eine gesellschaftliche Grenze. Sie wurden von Sicherheitskräften geschlagen, festgenommen, öffentlich gedemütigt und teilweise auch sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Politischer Widerstand bedeutete für sie nicht nur, die eigene Stimme zu erheben. Es bedeutete, den eigenen Körper und das eigene Leben zu riskieren.

Gemeinsam mit ihrer Cousine war Asjad am 3. Juni 2019 an vorderster Front des Protestgeschehens. Dieser Tag ging später als das „3 June Massacre“ in die Geschichte ein. Der Sitzstreik vor dem Militärhauptquartier in Khartum wurde gewaltsam aufgelöst. Menschen wurden getötet, verletzt und verschleppt. Für viele Beteiligte war dieser Tag ein traumatischer Einschnitt – und zugleich ein Moment, in dem sichtbar wurde, welchen Preis die Menschen bereit waren zu zahlen, um für Freiheit und Demokratie einzustehen. Asjad sagt rückblickend über diese Gewalt einen Satz, der einem besonders im Gedächtnis bleibt: „Die Prügel haben uns nur stärker gemacht.“

Diese tragischen Erfahrungen waren so eine Motivation, die Geschichten und den Widerstand gerade der Frauen zu dokumentieren – als starkes Zeichen gegen das Vergessen.

Nach dem Militärputsch 2021 und der damit verbundenen Repression war auch für Asjad nur das Exil noch ein Ausweg. Aber auch hier blieb sie mit ihren Netzwerken im Sudan verbunden, mobilisierte aus der Ferne und unterstützte weiterhin Menschen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzten. Sie kehrte noch einmal in den Sudan zurück, um junge Menschen zu vernetzen und besonders junge Frauen in ihrem politischen Engagement zu stärken. Doch dann kam der Krieg.

Im April 2023 brach im Sudan der Krieg zwischen den sudanesischen Streitkräften und den Rapid Support Forces aus. Viele der Hoffnungen, für die Asjad und so viele andere Menschen gekämpft hatten, wurden erneut brutal zerstört. Asjad musste den Sudan erneut verlassen und kehrte nach Deutschland zurück. Heute arbeitet sie aus Deutschland heraus weiter. Sie organisiert gemeinsam mit Aktivist:innen Friedensdialoge im Sudan und stärkt Netzwerke von Menschenrechtsverteidigerinnen.

In Berlin protestiert sie gegen den Krieg und diejenigen, die ihn weiterführen oder unterstützen. Sie fordert Frieden, Menschenrechte und eine politische Zukunft, in der die Menschen im Sudan selbst über ihr Land bestimmen können.

Fazit

Rebellinnen gegen den Krieg sind heute so notwendig wie eh und je. Sie stehen für eine zutiefst menschliche Überzeugungskraft, dass die Logik des Krieges in die Irre führt, dass es nie zu einer Normalisierung von Krieg und Vernichtung in den Köpfen und Herzen der Menschen kommen darf.

Ihre Beispiele pflastern seit ihrer Gründung den Weg der Internationale Frauenliga durch die Geschichte. Sie belegen die Notwendigkeit der Proteste auch 2026 gegen die irrsinnige Aufrüstungswelle und für Abrüstung, Wehrdienstverweigerung zugunsten einer dringend gebotenen Umschichtung der Gelder für soziale Belange, Kultur, Nachbarschaftsdialoge, Verhandlungen und Friedensbildung.

Der Preis soll deutlich machen, dass Mut inspiriert, konstruktiv und grenzüberschreitend immer nach friedlichen Lösungen für Konflikte zu suchen. Gerade damit ist auch ein zutiefst demokratischer Anspruch verbunden und mit den vielen jungen Menschen, die sich dafür einsetzen auch die Hoffnung auf eine nachhaltigere Zukunft.

Kontakt
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit / Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
www.wilpf.de
Geschäftsführerin: Antonia Weber
E-Mail: info@wilpf.de



Den Friedenspreis nachhaltig werden lassen!

So manch Spendende fragen, wozu habt ihr die Stiftung Friedenspreis gegründet.

Wir waren in der Anfangszeit der Friedenspreisverleihungen, der Meinung dass wir den Preis unabhängig von den Aktivitäten der Anstifter dauerhaft finanzieren müssen. Die Anstifter sind doch auch ein Generationenprojekt und der Friedenspreis sollte sie überdauern. Das angesammelte Kapital der Stiftung vermehrt sich, z.B. durch Mieteinnahmen für die Immobilie in der Werastr. und durch faire Kapitaleinlagen um wird den Anstiftern für das Preisgeld und die Unkosten der Preisverleihung zur Verfügung gestellt. Der Stiftungsvorstand verwaltet nur das Vermögen der Stiftung und nimmt keinen Einfluss auf die Entscheidung für den Preis und die Verleihung.

Noch könnte sich das Stiftungskapital erhöhen, der Jugendpreis ist dazugekommen und die Unkosten für die Verleihung wachsen auch.

Wenn ihr ein bischen Geld übrig habt stiftet es für die Dauerhaftigkeit des Friedenspreises!

Stiftung Stuttgarter Friedenspreis (GLS Bank) IBAN:
DE42 4306 0967 7011 8055 00

Rainer Weitzel
stv. Vorsitzender der Stiftung Stuttgarter Friedenspreis



Sea watch

Ich will, dass alle Menschen sich frei bewegen können.

Ich schreibe Euch aus meiner Berliner WG, wo ich gerade meine Sachen für den kommenden Rettungseinsatz packe. Morgen treffe ich die restliche Crew in Neapel, dort liegt die Sea-Watch 5 aktuell im Hafen. Nach den letzten Vorbereitungen werden wir gemeinsam von hier aus ins Einsatzgebiet aufbrechen Und während ich überlege, ob die Shirts in meiner Tasche reichen, gehen mir noch ziemlich viele andere Dinge durch den Kopf.

Mein letzter Einsatz auf See war 2021. Seitdem hat sich einiges verändert. Wenn ich an die vergangenen fünf Jahre denke, fallen mir viele Dinge ein, die mir den Mut rauben könnten. Die politische Situation für uns alle hat sich weiter verschärft: Neue Gesetze in Italien behindern Rettungseinsätze, Menschen werden für ihre Flucht kriminalisiert – und auch die Gewalt auf dem Mittelmeer hat neue Ausmaße angenommen.

Die sogenannte libysche Küstenwache hat in den vergangenen Jahren wiederholt auf zivile Rettungsschiffe geschossen und flüchtenden Menschen extreme Gewalt angetan. Für unseren Einsatz bedeutet das: Wir müssen besonders vorsichtig sein, sobald sie involviert ist. Und auch meine eigene Rolle an Bord hat dadurch eine neue Bedeutung bekommen...

Beim aktuellen Einsatz werde ich wieder als Medienkoordinator an Bord sein. Meine Aufgabe ist es, durch Fotos und Videos festzuhalten, was auf dem Mittelmeer geschieht – damit Menschen sehen können, was die Europäische Union lieber unsichtbar machen möchte. Diese Dokumentation schafft Öffentlichkeit für die Missstände und die Gewalt an Europas Außengrenzen und hilft uns, Unterstützung für die zivile Seenotrettung zu mobilisieren.

Aber die Kamera hat noch eine weitere, sehr konkrete Funktion: Sie kann schützen. Wenn bewaffnete Akteure involviert sind, kann die Gewissheit, dass ihr Handeln dokumentiert wird, möglicherweise dazu beitragen, Gewalt zu verhindern.it begonnen, mich innerlich auf diesen Einsatz vorzubereiten. Ich habe mit meiner Familie darüber gesprochen. Meine Eltern und meine Brüder haben miterlebt, was mein letzter Einsatz mit mir gemacht hat und wie lange er mich danach psychisch belastet hat. Auch mit meiner Partnerin spreche ich viel darüber, was der Einsatz für uns bedeutet. Ich bin psychologisch begleitet und habe zwei enge Freund:innen aus der Seenotrettung, an die ich mich wenden kann und bei denen ich weiß: Ich muss nicht viel erklären.

Gleichzeitig weiß ich, dass ich mich auf manche Situationen nicht vorbereiten kann. Ich weiß nicht, wie es sich anfühlen wird, wenn tatsächlich auf uns geschossen wird. Ich weiß nur, dass solche Ausnahmesituationen all meine gedanklichen Vorbereitungen über den Haufen werfen werden.

Wenn ich über meine Ängste und Gedanken spreche, darf ich meine Privilegien nicht vergessen.

Ich habe mich freiwillig dafür entscheiden, aufs Mittelmeer zu fahren. Ich habe Menschen, die mich auffangen, und irgendwann fahre ich wieder nach Hause – zurück in ein Leben in Sicherheit. Die Menschen, denen wir auf dem Mittelmeer begegnen, haben diese Wahl nicht.

Sie müssen lebensgefährliche Routen nehmen, weil ihnen sichere Wege verwehrt werden. Routen, die oft extreme Gewalt, Verlust und Trauma bedeuten. Und auch nach der Ankunft in Europa befinden sich viele Menschen auf der Flucht nicht in Sicherheit, sondern werden kriminalisiert, unrechtmäßig inhaftiert, in Lagern isoliert und abgeschoben.

Weil eine rassistische EU-Politik darüber entscheidet, wer Grenzen überschreiten darf, und für wen sie tödlich sind. Wer bleiben darf und wer nicht. Und genau diese Ungerechtigkeit ist der Grund, warum ich wieder aufs Mittelmeer fahre.

Wonach wir streben, ist Bewegungsfreiheit für alle. Für Bewegungsfreiheit kämpfen wir bei Sea-Watch nun seit über zehn Jahren. Aber diesen Kampf gibt es schon viel länger, als wir existieren. Und es wird ihn auch noch geben, wenn wir längst nicht mehr da sind. Im Mittelpunkt dieses Kampfes stehen Menschen, die für ihre eigenen Rechte einstehen: Flüchtende, Angekommene, Menschen, die gerade ihre Heimat verlassen müssen. Sie kämpfen mit ihrem Leben für diese Vision.

Ich glaube daran, dass Bewegungsfreiheit eines Tages für alle Menschen auf dieser Welt Realität sein wird. Das werde ich wahrscheinlich nicht mehr erleben. Du vielleicht auch nicht. Aber wir werden unseren Beitrag dazu geleistet haben. Und das gibt mir Mut, nicht aufzugeben.

Danke, dass Ihr als AnStifter an unserer Seite steht.



Sea Watch erhielt 2019 der Stuttgarter FriedensPreis der AnStifter



„Oma würde heute zu mir sagen: Mach alles, damit der Frieden gesichert bleibt!“
Annalena Baerbock



Give Peace a Chance!

Frieden lernen, gestalten, leben

Offene Jahrestagung des Landesarbeitskreis Bildung für eine Welt Baden-Württemberg (LAK) – **Montag, 14.12, 10h bis Dienstag, 15.12.2026**
Landeszentrale für politische Bildung, Haus auf der Alb, Bad Urach

Wie können wir eine Welt gestalten, in der sich die Kraft eines friedvollen Miteinanders, einer Haltung der Gewaltfreiheit und einer Kultur der Verbundenheit durchsetzen und entfalten können? Was und wie können wir voneinander lernen, damit wir den Frieden stärken? Wie können wir in Frieden miteinander leben? Was ist der Beitrag von Friedensbildung in diesem Kontext?

In einer Zeit, in der Kriegstüchtigkeit, Militarisierung und Sozialkürzungen zugunsten von Militärausgaben öffentliche Diskurse bestimmen, wollen wir uns in dieser 37. Jahrestagung des LAK nicht in Resignation verlieren, sondern offene Räume für Austausch und Reflexion schaffen:

O Inputs zum Thema der Tagung (u.a. „Friedensbildung im Kontext von De/Kolonialität“,
O Eine „Living Library“ bietet die Möglichkeit, uns mit unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven zu verbinden
O In gemeinsamen Arbeitsphasen entwickeln wir Ideen zu einer kritischen Bildungsarbeit, die Menschen emotional wie handlungsorientiert für Frieden und Konflikte sensibilisiert
Die Tagung lebt von der aktiven Beteiligung der Teilnehmenden. Eingeladen sind Bildungsaktive aus formalen und non-formalen Bildungskontexten (Lehrkräfte, Bildungsreferent*innen, weitere pädagogisch Tätige) sowie alle Interessierten.

Wir freuen uns auf Dich! Die Teilnahme ist kostenfrei. / **Anmeldung** unter: https://eveeno.com/LAKpeace2026 oder QR-CodePROGRAMM

(Die Veranstaltung findet im Rahmen der „LernWeltenWerkstatt“ / Projekt „Solidarität.MACHT.Zukunft“ statt und wird gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL aus Mitteln des BMZ und dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg)



Lebensfreundschaft

Stuttgarter Uraufführung mit Prof. Fritz Auer, Hans A.Muth und Franz Stepan: Sa, 28.11. 2026 um 14 h im Theaterhaus

Lebensfreundschaft ist ein aktueller und bejubelter Dokumntarfilm des Filmemachers Franz Stepan. Der Film zeichnet ein ungewöhnliches Portrait zweier kreativer Legenden, die eine über 60-jährige Freundschaft eng verbindet: des Stuttgarter Architekten Prof. Fritz Auer, 92, und des Industriedesigners Hans A. Muth, 90. Zwei Menschen, die international gearbeitet haben, deren bekannteste Werke aber in München in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander zu bewundern sind – im Olympiapark und im BMW-Museum.

Lebensfreundschaft dokumentiert zwei Zeitzeugen voller Energie und Ideen, die in ihren emotionalen Erzählungen Architektur und Design vor dem Hintergrund einer bewegten Geschichte miterleben lassen. Das Kernstück der Dokumentation: Planung, Bau und nacholympische Nutzung des Olympiaparks und seiner Bauten. Eine fesselnde Hommage, die die mutige Entscheidung für Olympia 72 wieder in den packenden Berichten von Fritz Auer lebendig werden lässt, mit dem berühmtesten Zeltdach der Welt und einem einzigartigen gestalteten Landschafts- und Benutzerpark, in dem laut SZ „Wagemut und Wahnsinn ein Wunder geformt haben“.

"Eigentlich reichen Worte nicht aus, um die Gefühle, die Zärtlichkeit, die Freundschaft, die Leidenschaft und die Kraft zu beschreiben, die man beim Ansehen des Films empfindet." Raúl Contreras, Art Designer.

„Ohne Übertreibung: Der Film ist ein Werk für die Ewigkeit geworden. Jede Szene hatte Substanz, nichts war überflüssig oder langweilig. Roland Haase, Heimatforscher

Ein Veranstaltung des Theaterhauses in Kooperation mit dem Bürgerprojekt Die AnStifter und dem Filmemacher Franz Stepan. Tickets: 0711 40 20 70 oder tickets@theaterhaus.com



Nima Farahmand Bafi (Piano)

Konzert zur FriedensGala am Sonntag, 6. Dezember 2026 im Theaterhaus

Musik ist für Farahmand Bafi die universelle Sprache, die kulturelle Grenzen überschreitet, Menschen miteinander verbindet und neue Räume für Begegnung und gegenseitiges Verständnis schaffen kann.

Nima Farahmand Bafi taucht in Meisterwerke aus dem 19. Jahrhundert ein, aber er bringt zugleich die eigenen kulturellen Wurzeln engagiert ein. Nima Fahramand Bafi lebt heute in Deutschland und bildet den musikalische nRahmen der FriedensGala am Sonntag, 6. Dezember 2026. Bei seinem Konzert im Theaterhaus spielt er Werke von Bartók, Chopin und eigene Kompositionen und Arrangements.

1984 wurde Bafi im Iran geboren und heute in Deutschland lebend, ist Pianist und Komponist. Aufgewachsen in einem multikulturellen Land und in einer Musikerfamilie, begegnete er schon früh sowohl der persischen Musik als auch der westlichen klassischen Tradition.

Farahmand Bafi studierte Klavier an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Stuttgart und promovierte parallel dazu in Physik an der Universität Stuttgart und am Max-Planck-Institut.

Die Verbindung verschiedener musikalischer Kulturen bildet einen Schwerpunkt seiner künstlerischen Arbeit. Geprägt durch das multikulturelle Umfeld seiner Kindheit und Jugend im Iran sowie durch seine intensive Auseinandersetzung mit der westlichen klassischen Musik und der persischen Musiktradition, sucht er in seinen Projekten nach musikalischen Verbindungen über kulturelle Grenzen hinweg.

In seinen Konzertprogrammen bringt er Werke der westlichen klassischen Musik mit persischer Musik und musikalischen Traditionen aus unterschiedlichen Teilen der Welt zusammen. Eigene Kompositionen, Improvisationen und Arrangements ergänzen seine Programme. In der Auseinandersetzung mit persischer Musik entwickelt er dabei pianistische Klangwelten, die von traditionellen persischen Instrumenten und deren charakteristischer Klangästhetik inspiriert sind.

Im Zentrum dieser Verbindung verschiedener Musikkulturen steht die Idee, ihre jeweilige Eigenständigkeit zu bewahren und zugleich ihre Gemeinsamkeiten hörbar zu machen. Seine künstlerischen Projekte führten ihn vom Iran durch Europa bis nach Kanada – sowohl als Solist als auch in Zusammenarbeit mit klassischen Orchestern und multikulturellen Ensembles.

„Spektakulär taucht Bafi in die orientalische Klangkultur ein! Überzeugend, was dieser Pianist an verspielter Ornamentik, federleichten Auszierungen und Tonrepetitionen aus den Tasten holt...“.

„Wirkungsvoll erwächst hieraus Chopins überschwängliches Thema aus der Polonaise op. 53, einem mächtigen Zentrum gleich. Farahmand Bafi zeigt sich hier als wagemutiger Meister...“. „Bafi kann es mit der drängenden Energie von Chopin aufnehmen kann“, ...“ein ruheloser impulsiver Tastenstürmer“. *(Stefan Piper)*

Stuttgarter FriedensPreis
an *Anna Ohnweiler*, Omas gegen Rechts und das Jugendprojekt *„Käthe-Kollwitz: Heute“*
Für Demokratie und Menschenrechte: FriedensGala Sonntag, 6. Dez. 2026, 13:30 Uhr Theaterhaus

Mehr Infos dazu: www.die-anstifter.de
https://omasgegenrechtsstuttgart.de/

So kaufen Sie Tickets:

Kartentelefon: 0711 40 20 70
(Montag bis Freitag: 10–21 Uhr,
Samstag, Sonntag & an Feiertagen:
13–21 Uhr

Vor Ort
An unserer Theaterhaus-Kasse im Foyer, Montag bis Freitag: 10–21 Uhr, Samstag, Sonntag & an Feiertagen: 13–21 Uhr

Per Mail: tickets@theaterhaus.com

Onine: Über den vorzüglichen Theaterhaus-Spielplan sowie über unseren Reservix-Shop
https://www.theaterhaus.com/de/ticketinformationen